

IM INTERESSE DER JUGEND

BERICHT DES VORSTANDES 2021·2022





Daniela Broda, Vorsitzende

Engagement und Ehrenamt (Juleica) · Förderpolitik (u.a. KJP-Kommission) · Folgen der Corona-Pandemie · Gute Jugendpolitik (u.a. Jugend-Check) · Jugendforschung · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Personal und Finanzen · Politische Bildung · Prävention und Sexualisierte Gewalt · Strukturen der Jugendarbeit (u.a. Bundesnetzwerk/Bundeskongress) · Youth Work Agenda/Bonn-Prozess



Wendelin Haag, Vorsitzender

Demokratie (u.a. Förderung, Wahlalter) · Deutsch-Französische Zusammenarbeit · Förderpolitik (u.a. KJP-Kommission) · Internationale Jugendarbeit · Jugendreisen · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Kulturelle Bildung · Nachhaltigkeit (u.a. Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Mobilität) · Personal und Finanzen · Politische Bildung (U18)



Özge Erdoğan, stellvertretende Vorsitzende

Diskriminierungskritische Jugendarbeit · EU-Jugenddialog · Europäische Jugendpolitik (u.a. Erasmus+, Europäisches Jugendforum, Jugendbeteiligung, Sozialpolitik) · Deutsch-Türkische Zusammenarbeit · Medien- und Digitalpolitik



Lea Herzig, stellvertretende Vorsitzende

Demokratie (u.a. Förderung) · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · Deutsch-Polnische Zusammenarbeit · Erinnerungspolitik · Sozialpolitik



Daniela Hottenbacher, stellvertretende Vorsitzende

Deutsch-Französische Zusammenarbeit · Engagement und Ehrenamt · Friedenspolitik · Geschlechterpolitik · Gesundheitspolitik · Inklusion



Marius Schlageter, stellvertretender Vorsitzender

Deutsch-Belarussische Zusammenarbeit · Deutsch-Griechische Zusammenarbeit · Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit · EU-Jugenddialog · Europäische Jugendpolitik (u.a. Erasmus+, Europäisches Jugendforum, Europäische Bewegung Deutschlands, Sozialpolitik, Stärkung des Europarats) · Gesundheitspolitik



Loreen Schreck, stellvertretende Vorsitzende

Bildung/Schule · Demokratie (u.a. Förderung) · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · Geschlechterpolitik · Gute Jugendpolitik · Jugendbeteiligung · Jugendwerke · Politische Bildung · Prävention und Sexualisierte Gewalt



Raoul Taschinski, stellvertretender Vorsitzender

Deutsch-Russische Zusammenarbeit · Deutsch-Tschechische Zusammenarbeit · EU-Jugenddialog · Europäische Jugendpolitik (u.a. Europäisches Jahr der Jugend, Europäisches Jugendforum, EU-Jugendkonferenzen, Nachhaltigkeit) · Inklusion · Medien- und Digitalpolitik · Nachhaltigkeit (u.a. Mobilität, Klimaschutz, Jugenddelegierte) · Zusammenarbeit Westbalkan

IM INTERESSE DER JUGEND

Bericht des Vorstandes 2021-2022



Glossar

AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DNK	Deutsches Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit
IJAB	IJAB - Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Juleica	Jugendleiter*in-Card
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz (siehe auch SGB VIII)
KJP	Kinder- und Jugendplan
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch (auch Kinder- und Jugendhilfegesetz)

Fotonachweise

Titel	Brandon Morales (CC0)
Inhalt	Michael Scholl (CC0 - Seite 2, 6/7,), Aaron Remus (CC0 - Seite 10, 18, 38), Jon Tyson/Unsplash (CC0, Seite 22), BMFSFJ (CC-BY-SA, Seite 25), Tsvetoslav Hristov/Unsplash (CC0 - Titel, Seite 30), Bundesregierung/Henning Schacht (Seite 32) Francesco Luca Labianca/Unsplash (CC0, Seite 46)

Impressum

Im Interesse der Jugend – Bericht des Vorstandes 2021-2022

Herausgeber: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin

030. 400 40 400 | info@dbjr.de | www.dbjr.de

Verantwortlich: Daniela Broda (Vorsitzende), Wendelin Haag (Vorsitzender)

Redaktion: Aaron Remus, Michael Scholl

Mitarbeit: DBJR-Geschäftsstelle und DBJR-Vorstand

Layout & Satz: Michael Scholl

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover

gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Berlin, Oktober 2022

Inhalt

Internationale Jugendarbeit in Zeiten des Krieges gegen die Ukraine	8
Für unsere Vorstellung von Europa streiten.....	11
Europäisches Jahr der Jugend muss ernst gemeint sein.....	11
EU-Zukunftskonferenz als Beginn eines Prozesses	12
EU-Ratspräsidentschaften mit Priorität auf Jugend	13
Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit	14
Bilaterale Zusammenarbeit als wichtige Basis	15
Erasmus+ inklusiv und nachhaltig gestalten	16
Europarat im Fokus der Arbeitsgruppen	17
Parlamentarischer Abend „Jugend gestaltet Europa“.....	17
Der Bundesjugendring als europapolitischer Akteur	18
Über den EU-Jugenddialog europäische Politik beeinflussen.....	18
„How to score a youth goal“	20
Umsetzung des EU-Jugenddialogs in Deutschland	21
Jugendverbandsarbeit in pandemischen Zeiten stärken	22
Jugendfreizeiten als wesentlichen Teil der Jugendverbandsarbeit unterstützen.....	24
Erfolgreich für eine angemessene Förderung streiten	25
Aufholpakete und Sondermittel sind nur eine Ergänzung zur Regelförderung	26
Sonderprogramme Jugend entwickelt.....	27
Mentale Gesundheit wird zum wichtigen Themenfeld	27
Junges ehrenamtliches Engagement stärken	28
Die Jugendleiter*in-Card weiterentwickeln.....	28
Den Austausch über kulturelle Bildung ausbauen	29
Gute Jugendpolitik im Lichte der Ampel	30
Nationale Jugendpolitik muss die organisierte Zivilgesellschaft einbeziehen	33
Kinder- und Jugendarmut endlich effektiv bekämpfen!.....	36
Wahlalter senken, elementare Rechte einräumen	37
Wirksame Nachhaltigkeitspolitik mit jungen Menschen gestalten	38
Politische Bildung als Grundpfeiler offener Gesellschaften	40
Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam begegnen	41
Konzepte zur Prävention sexualisierter Gewalt unverzichtbar in der Jugendarbeit	42
Für eine vielfältige Gesellschaft.....	43
Souveränität und Beteiligung in der Medien- und Digitalpolitik.....	44
Politische Interessenvertretung weiterentwickeln	46
Geschäftsstelle	47
Gremien und Kommissionen.....	49
Arbeitsgruppen.....	50
Außenvertretungen	51
Mitarbeitende der Geschäftsstelle	55



Jugendverbandsarbeit ist ein wichtiger Anker für Kinder und Jugendliche. Sie bietet den Rahmen für Gemeinschaft, für Engagement und Mitwirkung. Sie ist ein wichtiger Faktor in unserer Demokratie. Denn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nehmen sich in den Jugendverbänden den Raum, selbst zu bestimmen, sich selbst zu organisieren und miteinander Verantwortung zu tragen. Wir leben Demokratie und engagieren uns für Interessen junger Menschen.

Bundesjugendministerin Lisa Paus forderte in einem Gespräch mit uns, die Gesellschaft müsse solidarisch mit Kindern und Jugendlichen sein. Richtig! Die Pandemie und viele andere Entwicklungen in Deutschland, in Europa und in der Welt verlangen Kindern und Jugendlichen gerade enorm viel ab. Wir Jugendverbände und Jugendringe schaffen jedoch mit und für Kinder und Jugendliche vielfältige Zugänge. In Gruppenstunden, bei Aktionen, während Freizeitmaßnahmen, in Freiwilligendiensten und bei allem, was die Jugendverbandsarbeit noch bietet, können sie selbst gestalten. Und die Angebote der Jugendverbandsarbeit stehen nicht nur Mitgliedern offen: Beispielsweise nehmen junge Geflüchtete aus der Ukraine oder aus anderen Ländern am Alltag in den Jugendverbänden teil.

Diese Räume sind wichtig. Denn junge Menschen treiben verstärkt Sorgen und Ängste um, mit wachsendem Einfluss auf ihre mentale Gesundheit: die Pandemie, der Krieg in der Ukraine und in anderen Ländern, die Klimakrise ... hinzu kommen gerade insbesondere enorme Preissteigerungen, die Jugendarmut verschärfen können. Und die unsere Arbeit und unsere Strukturen der Jugendverbandsarbeit zusätzlich



belasten. Als Vorstand treibt uns um, zusätzliche Gelder und Fördermittel für die Arbeit und die Strukturen der Jugendverbände von Bundestag und Bundesregierung einzufordern. Mit den Preissteigerungen und einer ausbleibenden Förderung können Jugendverbände ihre Angebote auf Dauer nicht halten. Jugendverbände sind auf allen Ebenen zu fördern. Punkt.

Mit diesem Bericht wollen wir deutlich machen, wie vielfältig das Spektrum der Themen im Bundesjugendring ist. Wir wollen zeigen, dass gute und wirksame Jugendpolitik nicht auf einzelne Themen fokussiert bleiben kann, sondern umfassend und themenübergreifend sein muss. Die Struktur des Berichtes haben wir leicht verändert und politische Entwicklungen um uns herum als Orientierungspunkte gesetzt: der fortwährende Krieg Russlands gegen die Ukraine mit all seinen Folgen für die internationale und europäische Zusammenarbeit, die Pandemie und ihre bestehenden Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie unsere Strukturen, die jugendpolitischen Akzente – und Defizite – einer neuen Bundesregierung und die gebotene Weiterentwicklung unserer politischen Interessenvertretung.

Was wir als Vorstand erreichen, erreichen wir nicht alleine. Es braucht euch Jugendverbände und Jugendringe als Rückgrat. Deswegen danken wir: allen Mitgliedern für das konstruktive Mitgestalten in der Arbeitsgemeinschaft. Allen Außenvertreter*innen für ihren Einsatz. Der Geschäftsstelle für die Unterstützung unserer Arbeit. Allen Vorstandsmitgliedern für das gute Miteinander und den jugendpolitischen Einsatz. Allen politischen Partner*innen für den Dialog.

**INTERNATIONALE
JUGENDARBEIT
IN ZEITEN DES KRIEGES
GEGEN DIE UKRAINE**



Wir sind fassungslos über diesen Akt der Aggression und die Auswirkungen, die er auf die ukrainische Jugend und die Bevölkerung hat – auf ihre Sicherheit, ihre Hoffnungen, ihr Leben.“ Das schrieben wir, nachdem drei Tage zuvor russische Truppen mit der Invasion in die Ukraine begonnen hatten. Mit dem Angriffskrieg hat die russische Regierung in eklatanter Weise das Völkerrecht gebrochen. Russland hat zudem alle – von ihm selbst unterzeichneten – bi- und multilateralen Verträge verletzt, die die territoriale Integrität der Ukraine garantierten. In einem gemeinsamen Statement mit Deutscher Sportjugend, Grüner Jugend, Jungen Europäischen Föderalisten, Jungen Liberale, Junger Union und Jusos in der SPD forderten wir die russische Regierung auf, sofort alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität zu achten.¹ Unmissverständlich stellten wir klar: Die Ukraine ist ein souveräner Staat, dessen Territorium nicht verletzt werden darf. Und: Wir stehen an der Seite unserer Kolleg*innen und Freund*innen des Ukrainischen Jugendrings (NYCU) und seiner Mitgliedsorganisationen. Wir bekräftigten unsere Verbundenheit mit den jungen Menschen in der Ukraine und in der Region, die für Freiheit und Demokratie streiten.² Wir teilten den Aufruf unserer ukrainischen Partnerorganisation, in dem der NYCU betont, „dass Frieden ein fortlaufender Prozess des Aufbaus inklusiver Gesellschaften ist, der ständige Bemühungen und Aufmerksamkeit erfordert, und dass die Rolle der Jugendorganisationen in diesem Prozess entscheidend ist.“³

Im intensiven Austausch mit dem Vorstand des NYCU organisierten wir konkrete Hilfe. Neben der umfangreichen Unterstützung von Geflüchteten durch Aktive in den Jugendverbänden geht es dabei auch weiterhin um Unterstützung für die Jugendorganisationen in der Ukraine und deren Anrainerstaaten. Zusätzlich haben wir uns mit Partnerjugendringen in vielen Staaten Europas vernetzt und gemeinsam Aktivitäten und Hilfen zu koordinieren. NYCU-Vorsitzende Natalia Shevchuk beschrieb die Unterstützung so: „Dem Bundesjugendring ist es gelungen, das NYCU-Team schnell zu unterstützen, damit es weiter arbeiten kann.“ Gemeinsam mit NYCU-Vorstandsmitglied Kateryna Davydkova hospitierte Natalia beim Bundesjugendring in Berlin. So konnten wir konkrete Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen Jugendstrukturen in der Ukraine und Deutschland leisten und den NYCU in seiner nationalen und internationalen Arbeit unterstützen. In einem eindringlichen Interview beschrieb Natalia Shevchuk die Lage der Jugendorganisationen in der Ukraine. Ein Ziel: So viele bilaterale Kooperationen wie möglich zu erhalten.⁴

Langjährige Partnerstrukturen im Russischen Kinder- und Jugendring (NYCR) unterstützen den Krieg und spiegeln die seit Jahren stark wachsende staatliche Einflussnahme. Sie betreiben Kriegsrhetorik und werben für den Anschluss besetzter Gebiete in der Ukraine. Das hat uns sehr enttäuscht und die Grundlage für eine Zusammenarbeit zerrüttet. Die bilaterale Kooperation mit dem NYCR sowie alle laufenden Projekte haben wir beendet. Im Europäischen Jugendforum (YFJ) haben wir die Initiative unterstützt, die Mitgliedschaft des NYCR umgehend zu suspendieren: Die gemeinsamen Ziele des YFJ werden missachtet, jede Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit fehlt.

Auch Monate nach unserer ersten Stellungnahme sind wir immer noch fassungslos. Der Krieg gegen die Ukraine verursacht im Land unfassbares Leid. Und seine Auswirkungen sind spürbar in der Arbeit der Jugendverbände. Seit Jahren kämpfen wir Jugendorganisationen gegen die Beschränkung von zivilgesellschaftlichen Räumen und gegen die Aushöhlung der Demokratie in Europa. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns ein für Frieden, für den Gedanken der Aussöhnung, für den respektvollen Umgang miteinander und für die friedliche Lösung von Konflikten. All diese Ideale werden durch den Angriff Russlands auf die Ukraine mit Füßen getreten.

Die Internationale Jugendarbeit ist im Selbstverständnis der Jugendverbände ein Weg, Frieden zu sichern. Jugendbegegnungen, internationale Camps und die gemeinsame politische Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene bieten die Chance einer friedlichen Zukunft für die junge Generation über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Die aktuellen Herausforderungen zeigen, dass internationale Partnerschaften und die bilaterale Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften umso wichtiger sind. Viele Austauschtreffen auf internationaler Ebene konnten erstmals seit Jahren wieder in Präsenz stattfinden.

1 <https://www.dbjr.de/artikel/jugendorganisationen-stehen-an-der-seite-der-ukraine>

2 <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-an-der-seite-des-ukrainischen-jugendrings>

3 <https://www.dbjr.de/artikel/aufruf-des-ukrainischen-jugendrings>

4 <https://www.dbjr.de/artikel/unterstuetzung-von-ukrainischen-jugendorganisationen-in-den-mittelpunkt-stellen-interview-mit-natalia-shevchuk>

Das Jahr 2022 wurde von der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr der Jugend“ ausgerufen. Die Europäische Kommission wollte zusammen mit dem Europäischen Parlament und den nationalen Regierungen junge Menschen in den Mittelpunkt stellen. An diese hehre Verlautbarung haben wir als Interessenvertretung klare Erwartungen formuliert.⁵ Darüber hinaus stellten wir klar, dass die Berücksichtigung der Interessen der jungen Generation nicht auf ein Jahr beschränkt bleiben darf. Sie muss konstante Aufgabe für politische Entscheidungsträger*innen sein. Die Umsetzung der nationalen Jugendpolitik und die der europäischen Jugendstrategie müssen miteinander verbunden werden. Zuvorderst galt aber für das Jahr der Jugend: Junge Menschen müssen in allen Bereichen wirksam beteiligt werden!

Ein Instrument der Beteiligung wurde vonseiten der EU mit der „Konferenz zur Zukunft Europas“ ins Leben gerufen. Sie sollte eine Gelegenheit bieten für die Menschen in Europa, ihren Ideen und Forderungen öffentlich Gehör zu verschaffen und an politisch Verantwortliche weiterzugeben.⁶ Als Bundesjugendring haben wir uns dafür eingesetzt, dass bei der EU-Zukunftskonferenz gerade die Stimmen junger Menschen gehört werden.

Auch aus dem EU-Jugenddialog wurden Ergebnisse in die Konferenz zur Zukunft Europas eingebracht. Im Rahmen des beim Bundesjugendring angesiedelten Beteiligungsinstruments treten junge Menschen mit politisch Verantwortlichen in einen Dialog. Dabei sprechen sie bei zahlreichen Jugenddialog-Veranstaltungen über Themen, die jungen Menschen wichtig sind. Ideen, Forderungen und Diskussionsergebnisse aus dem EU-Jugenddialog werden an die politisch Verantwortlichen weitergegeben. So werden die Ideen und Forderungen junger Menschen sichtbarer, wenn es um nichts weniger geht, als die Zukunft Europas zu gestalten.



Ideen, Forderungen und Diskussionsergebnisse aus dem EU-Jugenddialog werden an die politisch Verantwortlichen weitergegeben. So werden die Ideen und Forderungen junger Menschen sichtbarer, wenn es um nichts weniger geht, als die Zukunft Europas zu gestalten.

Der Blick nach Europa ging über die Europäische Union hinaus. Zentrale Institution für die Etablierung freiheitlich-demokratischer Werte auf dem Kontinent ist der Europarat. Im Gespräch mit der Botschafterin der Ständigen Vertretung Deutschlands beim Europarat tauschten wir uns über die Demokratie-Kampagne des Europarats aus und schilderten, wie sich Jugendverbände in die Arbeit des Europarats einbringen.⁷

Die Arbeitsgruppen Europäische und Internationale Jugendpolitik beim Bundesjugendring

nutzten die Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg, um vor Ort gemeinsame Themen zu beraten und mit politisch Verantwortlichen zu sprechen. Die Vertreter*innen des Bundesjugendrings verdeutlichten etwa, wie der Angriff Russlands gegen die Ukraine die internationale Jugendarbeit beeinträchtigt. Sie appellierten zudem, dass die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sich noch stärker für die Wahrnehmung des Europarats in Deutschland einsetzen sollten. Als Jugendverbände können und wollen wir dabei unterstützen.⁸

Dass der Bundesjugendring als Europapolitischer Player wahrgenommen wird, zeigte sich eindrucksvoll im Frühsommer. Als Vorstand hatten wir zum Parlamentarischen Abend an die Spree geladen. Unter dem Motto „Jugend gestaltet Europa“ kamen unweit des Kanzleramtes politisch Verantwortliche und jugendverbandlich Engagierte zusammen. Anna Lührmann, Europa-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, und Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren der Einladung gefolgt. Im Gespräch mit den Vorsitzenden diskutierten sie die Wahrnehmung des vielfältigen Engagements junger Menschen in und für Europa.

5 <https://www.dbjr.de/artikel/erwartungen-an-das-europaeische-jahr-der-jugend>

6 <https://www.dbjr.de/artikel/europa-muss-man-selber-machen-1>

7 <https://www.dbjr.de/artikel/demokratie-kampagne-thema-im-austausch-mit-botschafterin-jutta-frasch>

8 <https://www.dbjr.de/artikel/arbeitsgruppen-europaeische-und-internationale-jugendpolitik-tagten-in-strassburg>

Internationale Jugendarbeit, internationale Jugendpolitik und internationaler Jugendaustausch stehen weiterhin unter dem Eindruck des Krieges in Europa und der Corona-Pandemie. Als Bundesjugendring haben wir immer wieder deutlich gemacht, welche wichtige Rolle die internationale Jugendverbandsarbeit einnimmt. Diese Errungenschaft gilt es umso mehr in Krisenzeiten zu bewahren und zu schützen.

Für unsere Vorstellung von Europa streiten

Europa ist für junge Menschen kein Projekt mehr, sondern Lebensrealität. Als Jugendverbände und -ringe sind wir mehr denn je in der Pflicht, für unsere Vorstellungen von Europa zu streiten. Wir müssen uns engagieren, intensiver als bisher und aktiv für die europäischen Grundwerte von Menschenrechten, Demokratie, Solidarität, Freiheit, den Schutz von Minderheitenrechten und Rechtsstaatlichkeit eintreten. In einer globalen Welt mit globalen Problemen brauchen wir globale Lösungen. Europa bleibt dabei die Antwort auf viele aktuelle Herausforderungen.

Die multiplen Krisen in Europa fordern Haltung und Handeln. Der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat dies mehr als deutlich gemacht. Ob bei der Ankunft oder dem Schaffen von Perspektiven für gesellschaftliche Teilhabe, Ausbildung, Studium und Berufstätigkeit: Geflüchtete aus der Ukraine und allen anderen Ländern benötigen Unterstützung. Jugendverbände und junge Zivilgesellschaft können und wollen ihren Beitrag dazu weiterhin leisten. Dafür braucht es entsprechende Unterstützung und Rahmenbedingungen. Es darf keine Gewöhnung an Krieg geben. Unser Einsatz als Jugendverbände für einen Frieden, der mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg, ist deshalb dauerhaft und aktiv.

Grundsätzlich ist Europa mehr als nur die Europäische Union. Junge Menschen in den Ländern des Westbalkans und der östlichen Partnerschaft setzen sich für eine gemeinsame europäische Zukunft ein. Wir fordern ernsthafte Beitrittsperspektiven dieser Länder in die Europäische Union. Es war eine wichtige politische Entscheidung, dass die Ukraine und Moldau den Status von EU-Beitrittskandidaten erhalten haben. Über die Verpflichtung und die Verantwortung, die damit verbunden sind, müssen sich alle Mitgliedstaaten bewusst sein. Neben dem Augenmerk auf die Europäische Union muss auch die Arbeit des Europarats wieder sichtbarer gemacht und politisch gestärkt werden. Hier agieren die Länder des Westbalkans und der östlichen Partnerschaft auf Augenhöhe mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Jugendarbeit des Europarats ist von enormer Bedeutung bei unseren Anstrengungen, Räume für die junge Zivilgesellschaft einzufordern und auszubauen.

Im Europäischen Jahr der Jugend 2022 braucht es eine besondere Aufmerksamkeit für die Situation junger Menschen. Allerdings kann es hier nicht bei Worten bleiben, sondern es ist ein aktives Handeln der europäischen Institutionen zusammen mit den Mitgliedstaaten erforderlich. Dies betrifft auch die drängenden Fragen von Nachhaltigkeit und den Folgen der Klimakatastrophe, die anhaltend und teilweise in den Mitgliedsstaaten steigende Jugendarbeitslosigkeit, die mentale Gesundheit junger Menschen und das inklusive Zusammenleben aller Menschen in der Gesellschaft. Die Aufgaben zur Gestaltung von Politik für und mit jungen Menschen in Europa sind groß. Die junge Generation richtet hohe Erwartungen an Europa und ist bereit, sich dafür einzusetzen.

Europäisches Jahr der Jugend muss ernst gemeint sein

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union 2021 das Europäische Jahr der Jugend 2022 verkündet. Von der Leyen erklärte, dass dadurch im Jahr 2022 die Aufmerksamkeit der Politik besonders auf die junge Generation gerichtet werden solle. Dies sei nach dem solidarischen Handeln junger Menschen während der Pandemie wichtig, um die Folgen nach Corona in den Blick zu nehmen, von denen die junge Generation in Bezug auf Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, mentale Gesundheit und Möglichkeiten zur Mobilität besonders betroffen ist.

Als Bundesjugendring haben wir den politischen Fokus auf junge Menschen begrüßt. Gleichzeitig haben wir in einer Positionierung klare Erwartungen an das Europäische Jahr der Jugend formuliert: Es ist wichtig, dass die EU und die Mitgliedstaaten das Jahr der Jugend ernst meinen! Dies bedeutet vor allem auch, dass nicht nur über die Bedarfe junger Menschen gesprochen wird, sondern dass sie konkret und wirksam beteiligt werden – im Jahr der Jugend und darüber hinaus. Die Bundesregierung hat eine nationale Koordinatorin für das Jahr der Jugend benannt. Begleitet wird ihre Arbeit von einer Stakeholder-Gruppe, in der der Bundesjugendring vertreten ist. Darüber hinaus sind weitere Mitgliedsorganisationen und eine EU-Jugendvertreterin dabei, um in diesem Rahmen das Jahr der Jugend mitzugestalten.

Im Europäischen Jahr der Jugend haben wir uns an der Kampagne „Dein Europa – Dein Jahr“ beteiligt und dazu Bundesjugendministerin Lisa Paus getroffen. Im gemeinsamen Gespräch mit Bundesjugendring und dem ukrainischen Jugendring NYCU haben wir uns über das Engagement junger Menschen in Krisenzeiten und für Flüchtlinge ausgetauscht. Als zentrale Veranstaltung zum Europäischen Jahr der Jugend hat der Bundesjugendring Ende Mai 2022 zum Parlamentarischen Abend unter dem Motto „Jugend gestaltet Europa“ eingeladen (s. nächster Abschnitt). Die Aktivitäten unserer Arbeit national wie europäisch haben wir in diesem Jahr an mehreren Stellen mit dem Europäischen Jahr der Jugend verbunden. Wir machen auf den Gestaltungswillen junger Menschen aufmerksam, zeigen die Bedarfe und Herausforderungen auf und stehen im Kontakt mit europäischen Partner*innen, um gemeinsam im Interesse der Jugend Politik zu gestalten.

EU-Zukunftskonferenz als Beginn eines Prozesses

Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde im Mai 2021 mit einer hybriden Sitzung des Konferenzplenums in Straßburg eröffnet. Damit wurde der Prozess begonnen, der Bürger*innen, nationalen und europäischen Abgeordneten, Vertreter*innen der Europäischen Kommission sowie der nationalen Regierungen einen Rahmen gab, um über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union zu diskutieren. Dazu wurden neun verschiedene Themenbereiche gebildet, zu denen sich alle Bürger*innen über eine digitale Plattform mit Vorschlägen beteiligen konnten. Unsere Erwartungen an die Zukunftskonferenz waren konkret: Nicht nur Worte, sondern sichtbare Reformen für ein demokratisches, soziales, nachhaltiges und zukunftsfestes Europa sollten das Ergebnis sein. Von Beginn an haben wir die mangelnde Einbindung der

Zivilgesellschaft und gerade der Jugendverbände kritisiert. Die Präsidentin des Europäischen Jugendforums, Silja Markkula, war zwar Mitglied im Plenum der Konferenz, allerdings ist eine Person für die Repräsentation engagierter junger Menschen in Europa zu wenig.



Als Bundesjugendring haben wir uns dazu entschieden, ein nationales Projekt umzusetzen, das unter dem Titel „Europa muss man selber machen!“ im September 2021 begonnen hat. Die Zielsetzung lag darin, Informationen zum Ablauf und den Beteiligungsmöglichkeiten nachvollziehbar aufzubereiten und die Positionen der Jugendverbände in den Prozess einzubringen. Bei einer Informationsveranstaltung für die Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings im Oktober 2021 haben wir über die Konferenz und das Projekt berichtet. Den offiziellen Kick-off haben wir Mitte Oktober 2021 mit einer Veranstaltung im Europäischen Haus in Berlin gestaltet und dabei das

Informationsvideo und die erklärende Grafik zur Konferenz vorgestellt. Im Gespräch mit Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesjugendministerium, Axel Schäfer, Bundestagsabgeordneter der SPD, sowie Dr. Mark Speich, CDU-Staatssekretär für Europa des Landes Nordrhein-Westfalen (beide Mitglied im Plenum der Konferenz), haben wir herausgestellt, dass die europäische Zukunft nicht ohne die junge Generation gestaltet werden kann.

Im weiteren Verlauf des Projekts haben wir uns mit politischen Vertreter*innen ausgetauscht, zur Konferenz in der AG Europäische Jugendpolitik diskutiert, Forderungen in die Prozesse eingebracht und uns mit weiteren Akteuren wie der Europäischen Bewegung Deutschlands (EBD) vernetzt. Entgegen unserer Forderung, die Zukunftskonferenz, wie auch ursprünglich geplant, zwei Jahre abzuhalten, wurde die Konferenz nach einem Jahr im Mai 2022 abgeschlossen und die Ergebnisse in einem ausführlichen Bericht festgehalten. Das Ende der Konferenz haben wir zum Anlass genommen, in einer Abschlussveranstaltung unseres Beteiligungsprojekts die Ergebnisse aus der Sicht junger Menschen zu bewerten und aufzuzeigen, wie es danach weiter gehen muss. Im Europäischen Haus haben wir mit Margit Gottstein, Staatssekretärin im Bundesjugendministerium, Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Tobias Winkler, Bundestagsabgeordneter der CDU, und Anna Cavazzini, Europaabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen, diskutiert. Besonders haben wir uns darüber gefreut, dass wir auch Gäste der Jugendringe aus der Türkei und Belarus begrüßen konnten. Damit haben wir zusätzlich zum Ausdruck gebracht, dass die Zukunft Europas nicht ausschließlich im Kreis der Europäischen Union beraten und gestaltet werden kann.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Konferenz begrüßen wir die Forderung, dass bei Prozessen zur Zukunft Europas künftig Jugendverbände konkret einbezogen werden sollen. Darüber hinaus machen die Resultate deutlich, dass sich viele Bürger*innen in der EU mehr Europa europäische Gestaltung in verschiedenen Politikfeldern wünschen und Reformen für mehr gemeinsame Politik unterstützen. Diese Zustimmung gilt es zu hören und umzusetzen! Daher fordern wir, dass sich ein europäischer Konvent an die Zukunftskonferenz anschließt, um die Voraussetzungen für Vertragsänderungen und Reformen zu schaffen. Dafür setzen wir uns auch nach dem Abschluss unseres Projekts ein und werden uns weiterhin für die Interessen junger Menschen in einem Europa der Zukunft engagieren.

EU-Ratspräsidentschaften mit Priorität auf Jugend

Die EU-Ratspräsidentschaft wird in einem festgelegten Rhythmus von sechs Monaten jeweils von einem Mitgliedsland der Europäischen Union übernommen. In dieser Zeit hat das Land die Möglichkeit politische Impulse für die Arbeit der Europäischen Union über den Europäischen Rat vorzubereiten und einzubringen. Dafür stellt das jeweilige Land ein Programm auf, das durch die nationale Regierung vorbereitet wird. Von Juli bis Dezember 2021 hatte Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. In diesem Zeitraum haben wir uns als Bundesjugendring vielfältig für die Interessen junger Menschen stark gemacht und die EU-Jugendkonferenz ausgerichtet haben. Die Ratspräsidentschaft wird in sogenannten Trios durchgeführt, in denen die drei aufeinanderfolgenden Länder eng zusammenarbeiten. Deutschland hat die Ratspräsidentschaft an die Triopartner Portugal und Slowenien übergeben. Im Januar 2022 hat mit Frankreich das erste Land der neuen Trio-Präsidentschaft den Vorsitz im Rat übernommen.

Im französischen Programm wurde die Jugend als eine Priorität genannt. Im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Jugend sollte der Fokus auf die Folgen der Pandemie für junge Menschen gelegt werden und die Möglichkeiten zum Austausch sowie für Freiwilligendienste im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps aufgezeigt werden. Darüber hinaus stand die Beteiligung junger Menschen gerade im Bereich der Nachhaltigkeit im Fokus. Im Rahmen eines politischen Gesprächs mit der EU Kommissarin für Jugendfragen, Mariya Gabriel, konnten wir auf anhaltende Schwierigkeiten bei der Antragstellung und -genehmigung ansprechen. Auch konnten unsere Vorstellungen für ein nachhaltigeres Erasmus+ Programm eingebracht werden. Als Vorstand haben wir das zum Anlass genommen, den französischen Jugendring CNAJEP während der französischen Ratspräsidentschaft zu besuchen und im Austausch mit den französischen Kolleg*innen über das Einbringen von Forderungen junger Menschen zu beraten. Im Juli 2022 hat Tschechien die Ratspräsidentschaft übernommen und zum Auftakt die EU-Jugendkonferenz in Prag durchgeführt, an der ein Vorstandsmitglied zusammen mit den beiden EU-Jugendvertreterinnen teilgenommen hat.

Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit

Im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) arbeiten wir als Bundesjugendring eng mit dem Ring Politischer Jugend (RPJ) und der Deutschen Sportjugend (dsj) (seit 2004) zusammen, um international deutsche Jugendinteressen in multilateralen Kontexten zu vertreten. Seit Dezember 2020 stellen wir den Sprecher neben stellvertretenden Sprecher*innen aus dsj und RPJ.

Der Krieg in der Ukraine beschäftigt auch das DNK. In einer gemeinsamen Erklärung aller Mitgliedsäulen des DNK wird der Angriffskrieg verurteilt und zur Unterstützung der Ukraine und der aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteten Menschen aufgerufen.

Im Oktober 2020 wurde eine DNK-Task Force eingesetzt, die für den Zeitraum von einem Jahr über die inhaltliche und strukturelle Zukunft des DNK beraten soll und ihre Arbeit mit entsprechenden Veränderungsvorschlägen an den DNK-Vorstand abschließen wird. Die Vorschläge werden im Frühjahr 2022 vorgelegt und sollen bis Ende 2022 beschlossen werden.

Leider bleibt die Möglichkeit für die Teilnahme in Präsenz an Sitzungen des Europäischen Jugendforums YFJ und der BICC-Kooperation wegen der Corona-Regelungen eingeschränkt. Das wirkt sich negativ auf die Gestaltung der Zusammenarbeit aus, die von direkten Kontakten und informellen Gesprächen lebt. Darunter leidet auch die Debatte über eine neue Satzung und Geschäftsordnung für das YFJ, die von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt und nicht durch einen Diskussionsprozess mit den Mitgliedsorganisationen entwickelt wurde. Das hat den konfliktreichen Beratungsprozess auf Ende 2022 verzögert. Zumindest ab Herbst konnte zumindest jeweils ein Delegierter wieder am Rat der Mitglieder des YFJ in Brüssel und an den BICC-Sitzungen in Luxemburg und Budapest teilnehmen.

Im November 2021 wurde Lukas Stede für zwei Jahre in das Advisory Council on Youth des Europarats gewählt. Das DNK unterstützt die Kampagne der Jugendabteilung des Europarats „Youth Campaign for Revitalising Democracy“ für 2022 und eine Mittelaufstockung für Jugendaktivitäten.

Außenvertretungsteam

Ein sechsköpfiges Außenvertretungsteam, bestehend aus Janine Ongyerth, Tim Sperber und Maurice Bessling (alle dsj), Antonia Kuhn und Lukas Schlapp (beide RPJ) und Johannes Röder (Bundesjugendring) unterstützt die Arbeit des DNK-Vorstands. Sowohl bei den Treffen der BICC-Kooperation (Benelux Islands Central Cooperation, strategische Kooperation von einer Gruppe von nationalen Jugendringen im YFJ) als auch in den Sitzungen des Europäischen Jugendforums (YFJ) oder bei den Jugendgipfeln Y7 in Berlin und Y20 in Indonesien vertreten sie die Positionen des DNK.

Das Interesse am Jugenddelegiertenprogramm für die UN-Generalversammlung ist weiter hoch. Im Oktober 2021 und Februar 2022 konnten Franka Weckner und Ruszlan Biwoino erstmals wieder vor Ort in New York an Sitzungen teilnehmen und u. a. einen Side Event organisieren. Ihre Ergebnisse konnten die UN-Jugenddelegierten im März bei einem Online-Debriefing mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und den Partnerministerien BMFSFJ und AA präsentieren. Seit April sind Johanna Lichtschlag und Franz Wacker die neuen Jugenddelegierten. Das Programm wird gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen durchgeführt. Eingebettet in das Programm sind zahlreiche Besuche und Gespräche bei Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings.

Das DNK hat erneut Jugendliche zu den Jugendgipfeln Y7 und Y20 entsandt. Vier Jugendvertreter*innen haben 2021 am digitalen Y7 in Großbritannien teilgenommen, drei Vertreter*innen am Y20 in Bergamo/Italien. Das DNK ist an der Vorbereitung des Y7-Gipfels in Berlin (16.-20.05.2022) und des Y20-Gipfels in Indonesien (17.-24.07.2022) beteiligt. Es wurden jeweils vier Teilnehmenden aus Deutschland ausgewählt

sowie für Y7 die beiden Chairs und die Verantwortlichen für die Arbeitsgruppen (Treck Sherpas). Die Teilnehmenden sind zusammen mit den DNK-Sprecher*innen im engen Kontakt mit dem Kanzleramt bzw. dem Sherpa-Stab der Bundesregierung und den anderen Deutschen Engagement-Groups zu den Gipfeln.

Das DNK steht mit den beiden Landesjugendringen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Kontakt, um jugendpolitische Interessen in die unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Gremien der Ostsee-Zusammenarbeit einbringen zu können. Ab Juli 2022 hat Deutschland für ein Jahr den Vorsitz des Ostseerats inne. Der Ostseerat wurde 1992 auf Initiative der Außenminister Deutschlands und Dänemarks gegründet, um die politische und wirtschaftliche Transformation des Ostseeraums zu unterstützen und die Region zu stabilisieren.

Die Zusammenarbeit mit den Jugendringen der Östlichen Partnerschaft der EU bleibt im Fokus. Für das DNK ist es wichtig, die nationalen Jugendringe in der Region zu unterstützen und Jugendinteressen und aktuelle Jugendthemen in Aktivitäten der Östlichen Partnerschaft der EU einzubringen. Das DNK arbeitet eng mit dem Nationalen Kinder- und Jugendring von Belarus (RADA) zusammen, sowohl bilateral als auch im Rahmen einer Koalition mit anderen Jugendringen. Das DNK hat im November am Unterstützungstreffen für RADA in Georgien teilgenommen, da zahlreiche Vertreter*innen von RADA und seiner Mitgliedsorganisationen im Exil im Ausland leben müssen. Gemeinsam wurde ein Seminar mit Türkischem Jugendring (GoFor) und Rada vom 16. – 20.05. 2022 in Berlin gestaltet, bei dem es um eine verbesserte Lobbystrategie für die Arbeit von Jugendringen ging.

Bilaterale Zusammenarbeit als wichtige Basis

Viele Treffen auf internationaler Ebene konnten erstmals seit Jahren wieder in Präsenz stattfinden. Alte Probleme sind auch unter der neuen Bundesregierung geblieben: Uns haben in den letzten Wochen zahlreiche Berichte erreicht, dass deutsche Behörden weiter junge Menschen in vielen Regionen als Risikopersonen einstufen, da sie meist noch nicht über ein festes Einkommen verfügen und ihnen deshalb ein Visum verweigert wird. Gebühren fallen im Ablehnungsfall trotzdem an. So kann Jugendaustausch nicht funktionieren!

Internationaler Jugendaustausch braucht gute politische und finanzielle Rahmenbedingungen. Ob dafür weitere Jugendwerke wie vom Deutschen Bundestag beschlossen eine hilfreiche Antwort sind, bezweifeln wir nach den Erfahrungen mit den Neugründungen und den Entscheidungen der letzten Jahre. Wir wünschen uns mit vielen anderen Trägerstrukturen eine zielgerichtetere Unterstützung, die beispielsweise auch die (jugendpolitische) Situation in einem potentiell neuen Partnerland berücksichtigt und respektiert und die Zivilgesellschaft mit einbezieht.⁹

Der Westbalkan bleibt eine europäische Krisenregion. Deshalb unterstützen wir als Bundesjugendring die Zusammenarbeit der dortigen Jugendringe und die Weiterentwicklung der Western Balkans Youth Cooperation Platform (WBYCP) für die Projektphase 2023 – 2025. Die WBYCP ist eine regionale Jugendplattform, die 2017 vom Cooperation and Development Institute (CDI) aus Albanien zusammen mit den Jugendringen und Jugendorganisationen der sechs westlichen Balkanländer gegründet wurde. Mit dem National Youth Congress of Albania (KRK) verbindet uns eine langjährige Zusammenarbeit. Im Februar hat uns KRK in die albanische Hauptstadt Tirana zur Eröffnungsveranstaltung der „Europäischen Jugendhauptstadt 2022“ eingeladen.¹⁰ Die Auszeichnung wird auf Initiative des Europäischen Jugendforums vom Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats vergeben. Zusammen mit unseren Partnerstrukturen setzen wir uns aktiv für ein in Vielfalt geeintes Europa ein und die Stärkung der Zivilgesellschaft ein. Dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich 2022 darauf geeinigt haben, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, ist für uns ein wichtiges Signal, besonders an Jugendliche in der Region.

⁹ https://ijab.de/fileadmin/redaktion/PDFs/Stellungnahmen/Empfehlungen_Europ_und_Int_jugendpolitische_Zusammenarbeit.pdf

¹⁰ <https://www.dbjr.de/artikel/tirana-ist-europaeische-jugendhauptstadt-2022>

Intensiviert wurde der Austausch mit dem Polnischen Jugendring PROM sowie die trilaterale Zusammenarbeit mit PROM und dem ukrainischem Jugendring NYCU. Vertreter*innen aller drei Jugendringe trafen sich in Berlin.¹¹ Ein wichtiger Partner für uns ist das Deutsch-Polnische Jugendwerk, das diese Aktivitäten aktiv gefördert hat.

In Pilsen traf sich der Bundesjugendring mit Vertreter*innen des Tschechischen Jugendrings CRDM, um das 25-jährige Jubiläum der deutsch-tschechischen Koordinierungszentren Tandem zu begehen.¹²

In Paris tauschten wir uns mit dem französischen Jugendring CNAJEP über die französische EU-Ratspräsidentschaft, die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die Herausforderungen für den deutsch-französischen Jugendaustausch aus.¹³

Gemeinsam mit Vertreter*innen der nationalen Jugendringe aus Belarus RADA und der Türkei GoFor wurde im Mai ein Seminar in Berlin durchgeführt. Im Rahmen einer Dialog- und Studienreise wurde ein Raum geschaffen für die intensive Zusammenarbeit und Austausch zwischen den Jugendstrukturen. Mit GoFor sind für die nächsten Monate weitere Gespräche und Besuche geplant.¹⁴

Zu Gast in Berlin war außerdem eine Delegation des Israelischen Jugendrings CYMI. Der Dialog zeigte, dass die Jugendringe in Israel und Deutschland mit ähnlichen Herausforderungen zu tun haben.¹⁵ Für den Herbst ist ein Gegenbesuch in Israel geplant. Gemeinsam begleiten wir auch die Arbeit von ConAct, dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch.¹⁶ Leider konnte bisher nicht das verschobene trilaterale Seminar mit der Österreichischen Bundesjugendvertretung BJV und CYMI realisiert werden, bei dem es um die aktuellen Herausforderungen innerhalb der Demokratie gehen wird.

Mit dem Vereinigten Königreich laufen derzeit Verhandlungen zur Intensivierung des Jugendaustauschs und der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Geplant ist die Weiterentwicklung der UK-German-Connection (UKGC), um den außerschulischen Jugendaustausch stärker fördern zu können. Wir beteiligen uns mit dem British Youth Council BYC an den Gesprächen.

Erasmus+ inklusiv und nachhaltig gestalten

Das Erasmus+-Programm der Europäischen Union ist 2021 in seine neue Programmgeneration gestartet, die sich bis 2027 erstreckt. Die Schwerpunkte wurden für das Programm in dieser Zeit auf die soziale Inklusion, die Förderung der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben sowie den digitalen wie grünen Wandel festgelegt. Für das Jahr 2022 stehen in Deutschland für Erasmus+ Jugend Fördermittel in Höhe von fast 32 Millionen zur Verfügung.

Der Start der neuen Programmgeneration war geprägt von erheblichen Verzögerungen in der Auszahlung von bewilligten Geldern in verschiedenen Programmbereichen wie auch dem EU-Jugenddialog. Dadurch waren in einigen nationalen Jugendringen auch Personalstellen bedroht und die Gestaltung der Arbeit war stark beeinträchtigt. Im Austausch mit den betroffenen Jugendringen haben wir die Probleme gesammelt und in einem Schreiben an die EU-Kommission adressiert. Auch national stehen wir im Austausch mit betroffenen Organisationen und stimmen uns mit weiteren Akteuren dazu ab.

Die Ausgestaltung des europäischen Jugendprogramms begleiten wir aktiv durch die Mitarbeit in verschiedenen Gremien. So ist der Bundesjugendring im nationalen Begleitausschuss für das gesamte Programm Erasmus+ mit einem Sitz vertreten. Darüber hinaus konnten drei Plätze im Begleitausschuss für den Bereich Erasmus+ Jugend über den Bundesjugendring besetzt werden und auch die Sitzungsleitung wird von Seiten der Jugendverbände durch Dorothee Ammermann (aej) übernommen. Des Weiteren vertritt Laura Reiser (Bayerischer Jugendring) den Bundesjugendring im Evaluierungskomitee, einem

¹¹ <https://www.dbjr.de/artikel/austausch-mit-ukrainischem-und-polnischem-jugendring>

¹² <https://www.dbjr.de/artikel/tandem-leistet-seit-25-jahren-wichtige-unterstuetzung>

¹³ <https://www.dbjr.de/artikel/besuch-beim-franzoesischen-partner-cnajep>

¹⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/jugendringe-aus-belarus-und-der-tuerkei-waren-zu-gast>

¹⁵ <https://www.dbjr.de/artikel/israelischer-jugendring-zu-gast>

¹⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/gratulation-zu-20-jahre-conact>

Gremium, das die strittigen Förderanträge zu Erasmus+ zusammen mit der Nationalagentur „Jugend für Europa“ diskutiert.

Thematisch bleibt die Position unseres Hauptausschusses „Greening Erasmus+“ ein zentrales Anliegen. Diese wurde im Berichtszeitraum u. a. in Gesprächen mit der EU-Kommission und dem BMFSFJ eingebracht. Zentrale Ideen und Ziele der Positionierung wurden aber auch an anderen Stellen wie etwa im Aufsichtsrat des Deutsch-Griechischen Jugendwerks platziert. In Gesprächen mit europäischen Entscheider*innen werben wir weiterhin dafür, internationalen Jugendaustausch im Sinne unserer Positionierung nachhaltiger zu realisieren.

Europarat im Fokus der Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen für Europäische und Internationale Jugendpolitik haben sich Mitte Juni 2022 für eine gemeinsame Sitzung in Straßburg getroffen. Das gemeinsame Thema des Treffens war die Arbeit des Europarats, der gerade im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine wichtige Institution in Europa darstellt. Die AG-Mitglieder hatten die Möglichkeit, sich mit der Leiterin der Jugendabteilung des Europarats, Antje Rothemund, auszutauschen und dabei die Arbeit im Bereich Jugend besser kennenzulernen. Darüber hinaus fand parallel die Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung des Europarats statt, wodurch Begegnungen mit einzelnen Abgeordneten der nationalen Delegation der insgesamt 46 Mitgliedstaaten möglich waren. Während der Sitzungswoche veranstaltete der Bundesjugendring außerdem ein Side-Event beim Europarat, in dem wir über die aktuelle Jugend-Demokratie-Kampagne des Europarats unter dem Slogan „Democracy Here. Democracy Now“ informiert und das Engagement junger Menschen für Europa vorgestellt haben. Wir als Vorstand sowie die Arbeitsgruppen im Bundesjugendring werden sich weiterhin mit der Arbeit des Europarats befassen. Zudem haben wir uns erfolgreich für zusätzliche Gelder zur Unterstützung des Jugendbereichs im Europarat eingesetzt. Der Bundestag hat dafür im Haushalt 2022 die deutschen Beiträge von 500.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro erhöht. Dies ist für uns eine wichtige Form der Anerkennung und Unterstützung für die (jugend)politische Arbeit des Europarats. Für eine Verstetigung dieser Mittel werden wir uns auch in den kommenden Jahren engagieren.

Parlamentarischer Abend „Jugend gestaltet Europa“

In unserer Arbeit gibt es viele Anlässe, Termine und Veranstaltungen, in denen wir uns mit politisch Verantwortlichen treffen. Im Europäischen Jahr der Jugend haben wir als Bundesjugendring einen besonderen Rahmen gestaltet, um Politik und Jugendverbände zusammen zu bringen: Ende Mai 2022 haben wir zum Parlamentarischen Abend unter dem Motto „Jugend gestaltet Europa“ eingeladen. Bei der Veranstaltung haben wir das Engagement junger Menschen für Europa und die Forderungen zur politischen Beteiligung von Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt. Als Vorstand hatten wir die Einladung an Abgeordnete des Bundestages, Vertreter*innen der europäischen Institutionen sowie unsere Mitgliedsorganisationen ausgesprochen. Das Interesse und die Resonanz waren groß, sodass wir viele Gäste zum Parlamentarischen Abend begrüßen konnten.

Besonders wichtig war die Teilnahme von Anna Lührmann als Staatsministerin für Europa und Klima aus dem Auswärtigen Amt und von Ekin Deligöz als Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesjugendministerium. Im Gespräch diskutierten wir die Wahrnehmung des vielfältigen Engagements junger Menschen in und für Europa. Dabei nahen die beiden Politikerinnen auch in den Blick, dass die Räume für das Engagement der Zivilgesellschaft in vielen Ländern eingeschränkt werden. Anna Lührmann machte dazu deutlich, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Fundament darstellten, bei dem keine Abzüge zu akzeptieren seien. Zivilgesellschaft benötige Raum zur freien Entfaltung und die entsprechenden Ressourcen. Dem schloss sich Ekin Deligöz an und betonte, dass die Förderung der zivilgesellschaftlichen Strukturen ein wichtiges politisches Anliegen sei, für das sie sich einsetze.



Mit Blick auf das Thema „Jugend gestaltet Europa“ machten beide Regierungsvertreterinnen deutlich, dass der Fokus auf die junge Generation, die sich in der Pandemie stark eingeschränkt hat, über das Jahr der Jugend hinausgehen müsse. Und beide stellten fest: Junge Menschen wollen mitgestalten, sie wollen vor allem auch ein Europa bauen, das solidarisch ist, das Freiheit bietet und offen ist. Sie wollen wieder über Grenzen hinweg zusammenarbeiten und sich begegnen – auch außerhalb Europas.

Beim Empfang war das gegenseitige Kennenlernen und der offene Austausch über Jugendpolitik zentral. Es waren insgesamt gute Gespräche mit vielen Abgeordneten des Bundestages, mit Partner*innen von Organisationen aus Jugendarbeit und Jugendpolitik, mit Vertreter*innen der Bundesregierung und vielen Menschen aus den Mitgliedsorganisationen über die Vielfalt der Themen des Bundesjugendrings.

gliedsorganisationen über die Vielfalt der Themen des Bundesjugendrings .

Der Bundesjugendring als europapolitischer Akteur

Ein wichtiges Gremium, um als Akteur der europäischen Jugendpolitik wahrgenommen zu werden, ist die Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik [siehe Seite 50]. Regelmäßig sind wir in Straßburg und Brüssel vertreten, um uns mit den Stakeholdern der europäischen Politik auszutauschen. Dabei nehmen wir sowohl die Ebene der Europäischen Union in den Blick als auch den Europarat, der mit seinen derzeit 46 Mitgliedstaaten eine wichtige Institution ist. Von unserer Fahrt nach Straßburg und der Sitzung der Arbeitsgemeinschaften für europäische und internationale Jugendpolitik ist in diesem Bericht zu lesen [siehe Seite 10]. Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas haben wir die Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren gestärkt. Zum Beispiel bei Veranstaltungen mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments. Wir haben im Europäischen Jahr der Jugend den intensiven Austausch mit politischen Verantwortungsträger*innen gesucht.

Durch die Mitarbeit im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschlands (EBD) stehen wir im Kontakt mit 249 Organisationen, Verbänden und Strukturen, die sich mit Fragen der europäischen Politik auseinandersetzen. Durch die EBD können wir unsere Beschlüsse und Positionen verbreiten und in die jährlichen politischen Forderungen der EBD einbringen und darüber hinaus aktiv an den EBD-Veranstaltungen teilnehmen.

Über den EU-Jugenddialog europäische Politik beeinflussen

Der EU-Jugenddialog ist das zentrale Beteiligungsinstrument der EU und Teil der EU-Jugendstrategie. Ziel ist es, junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre Anliegen in die Gestaltung europäischer Politik einzubringen. Der Bundesjugendring koordiniert den EU-Jugenddialog in Deutschland. Aufgabe ist es hier, Forderungen und Umsetzungsideen junger Menschen zu den Schwerpunktthemen der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft zu sammeln und in den europäischen Beteiligungsprozess einfließen zu lassen. Die Schwerpunktthemen speisen sich aus den elf Europäischen Jugendzielen (European Youth Goals), welche von jungen Europäer*innen entwickelt wurden. Schlüsselmomente

der Beteiligung sind die EU-Jugendkonferenzen. Hier diskutieren Jugendvertreter*innen die Ideen und Anliegen junger Menschen aus den Mitgliedsstaaten mit politischen Entscheidungsträger*innen und leiten daraus Forderungen ab, die an den Rat der Europäischen Union weitergegeben werden und Teil der Ratschlussfolgerungen werden können. So können die Ergebnisse des EU-Jugenddialogs in die politischen Prozesse der EU einfließen.

EU-Jugendstrategie

Die Jugendminister*innen der EU haben sich mit der EU-Jugendstrategie 2019-2027 auf einen gemeinsamen Rahmen der europäischen Jugendpolitik geeinigt. Die EU-Jugendstrategie 2019-2027 zielt darauf ab, die Situation von jungen Menschen in der EU zu verbessern, indem sie unter anderem stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Den Schwerpunkt der EU-Jugendstrategie 2019-2027 bilden die Bereiche „Beteiligen – Begegnen – Befähigen“.

Im Berichtszeitraum wurde der 8. Zyklus zum Europäischen Jugendziel #9 „Räume und Beteiligung für alle“ unter der Ratspräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien abgeschlossen. Die in dem Zeitraum gesammelten Forderungen junger Menschen sind in die Ratschlussfolgerungen bzw. Ratsentscheidung des EU-Jugendminister*innenrates eingeflossen.¹⁷ Das kann als Erfolg wirksamer Jugendbeteiligung gewertet werden. Junge Menschen konnten so darin ermutigt werden, ihre Anliegen und Forderungen im Rahmen von Aktivitäten im EU-Jugenddialog einzubringen.

Der 9. Zyklus unter Ratspräsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden hat Anfang des Jahres 2022 begonnen und beschäftigt sich mit den Europäischen Jugendzielen #3 „Gesellschaftliche Inklusion“ und #10 „Nachhaltiges und grünes Europa“. In einer Konsultationsphase wurden Forderungen junger Menschen zu den Themen Inklusion, Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung gesammelt und auf den EU-Jugendkonferenzen diskutiert. Auch hier konnten bereits Forderungen in die Schlussfolgerungen des Rates der EU „zur Förderung des Engagements junger Menschen als Akteure des Wandels zum Schutz der Umwelt“ Eingang erhalten. Ergebnisse aus den Konsultationen der Nationalen Arbeitsgruppen werden voraussichtlich in die Schlussfolgerungen des Rates der EU zur „Förderung der generationenübergreifenden Dimension in der Jugendpolitik und zur Stärkung des Dialogs und des sozialen Zusammenhalts“ fließen.

Herausfordernd in den letzten beiden Zyklen war die Finanzierung der Aktivitäten im Jugenddialog durch die Europäische Kommission. Durch erhebliche Verzögerungen in der Bewilligung von Förderanträgen konnten viele Nationale Jugendringe nur stark eingeschränkt arbeiten und wurden vor existentielle Hürden gestellt. Hier hat der Bundesjugendring mithilfe einer Stellungnahme politischen Druck ausgeübt, um die Verzögerung in der Bewilligung politisch zu bemängeln und ihre Folgen sichtbar zu machen. Auf Druck des Schreibens an die Kommissarin für Jugend Mariya Gabriel wurde der Förderzeitraum schließlich verlängert und damit die Nationalen Jugendringe entlastet.

¹⁷ <https://jugenddialog.de/ihr-habt-politik-beeinflusst-3/>

Europäische Jugendziele (European Youth Goals)

Die Europäischen Jugendziele, auch Youth Goals genannt, bilden den inhaltlichen Rahmen des EU-Jugenddialogs. Die Youth Goals fassen zusammen, welche Themen junge Menschen in Europa bewegen und was sie von der Politik erwarten. Dabei spielen neben Bildung und Beteiligung auch Themen wie Nachhaltigkeit, psychische Gesundheit und die Gleichberechtigung aller Geschlechter eine wichtige Rolle. In den Jahren 2017 und 2018 haben zehntausende junge Menschen in der ganzen EU ihre Meinungen und Vorschläge in Diskussionsrunden, Projekten, Konferenzen und Onlineumfragen zusammengetragen. Daraus sind die elf Youth Goals entstanden:

1. Die EU mit der Jugend zusammenbringen
2. Gleichberechtigung aller Geschlechter
3. Inklusive Gesellschaften
4. Information und konstruktiver Dialog
5. Psychische Gesundheit und Wohlbefinden
6. Jugend im ländlichen Raum voranbringen
7. Gute Arbeit für alle
8. Gutes lernen
9. Räume und Beteiligung für alle
10. Ein nachhaltiges, grünes Europa
11. Jugendorganisationen und Jugendprogramme

„How to score a youth goal“

Im Rahmen des europäischen Partnerprojekts „How to score a youth goal“ untersuchen wir gemeinsam mit drei weiteren nationalen Jugendringen aus Kroatien, Portugal und Österreich, inwieweit die Europäischen Jugendziele über den EU-Jugenddialog in den letzten Jahren umgesetzt wurden und welche Schlüsse und Empfehlungen sich daraus für Politik und Praxis ableiten lassen. Im ersten Projektjahr trägt das Projektkonsortium Erfahrungen und Good Practice Beispiele zur Umsetzung der Europäischen Jugendziele auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zusammen. Davon ausgehend werden dann im nächsten Projektjahr Empfehlungen formuliert und Trainingsmodule für Fachkräfte der Jugend(sozial)arbeit und politisch Verantwortliche erarbeitet.

Umsetzung des EU-Jugenddialogs in Deutschland

Im 8. Zyklus, der von Juli 2020 bis Dezember 2021 stattfand, stand im Jugenddialog das Europäische Jugendziel #9 „Räume und Beteiligung für alle“ im Fokus. Zu diesem Thema wurde in Deutschland eine EU-Jugendkonferenz organisiert, Konsultations- und Dialogaktivitäten umgesetzt und strukturiert Dialogergebnisse gesammelt.¹⁸ Mit dem Ziel, den Jugenddialog inklusiver zu machen, haben Mitglieder des jump-Teams mit fachlicher Begleitung zwei Handreichungen entwickelt, die beim Referat Jugenddialog bestellt und in der eigenen Praxis angewendet werden können. Das Online-Spiel „YOUth quiz CAN ACT“ dient der spielerischen Beschäftigung mit Themen wie Fake News, Secret Superheroes, Natur und Umwelt. Im Workshop „Medienkompetenz. Kritisch denken lernen“ geht es um die Sensibilisierung für die Themen Fake News und Hate Speech.

Im 9. Zyklus von Januar 2022 bis Juli 2023 beschäftigt sich der EU-Jugenddialog – wie beschrieben – mit den Europäischen Jugendzielen #3 „Gesellschaftliche Inklusion“ und #10 „Nachhaltiges und grünes Europa“. In einer Konsultationsphase wurden mit Hilfe von Dialogveranstaltungen (siehe Box), Social Media Umfragen, Befragungen der Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings, Workshops von Mitgliedern des jump-Teams sowie der Beteiligung von jump-Mitgliedern und EU-Jugendvertreterinnen an öffentlichen Podiumsdiskussionen (siehe Box) Forderungen junger Menschen gesammelt, die nun zusammengetragen und an die Europäische Lenkungsgruppe weitergegeben werden. Die gesammelten Forderungen aus Deutschland werden im September 2022 auf der Seite des Jugenddialogs veröffentlicht.

Dialogveranstaltungen

In den vergangenen Monaten fanden im Rahmen des Jugenddialogs mehrere Dialogveranstaltungen statt, bei denen junge Menschen ihre Forderungen und Anliegen mit politischen Entscheidungsträger*innen diskutieren konnten:

Jugenddialog-Event „Was sollen wir denn (noch) tun? – Jugendbeteiligung in der Europäischen Union“

Abschlussveranstaltung „The Grand Finale - Räume und Beteiligung FÜR ALLE?“

„Es reicht mir (nicht)! – Dialog über Inklusion und Nachhaltigkeit zwischen jungen Menschen und Politiker*innen“

Jugenddialog-Event auf der Norddeutschen Jugendkonferenz „Take V - #CreateyourEurope“

Zum Abschluss der Veranstaltungen schließen die politischen Verantwortlichen Wetten ab. Alle Wetten und deren Umsetzung werden auf <https://jugenddialog.de/news/> veröffentlicht. Die Teilnehmenden können so nachvollziehen, ob ihre Beteiligung Wirkung entfaltet hat.

¹⁸ <https://jugenddialog.de/wp-content/uploads/2021/07/Jugenddialog-Ergebnisse-aus-Deutschland-8.-Zyklus.pdf>



**JUGENDVERBANDSARBEIT
IN PANDEMISCHEN
ZEITEN STÄRKEN**

Die Pandemie hinterlässt in der Jugendverbandsarbeit nach wie vor Spuren. Gruppenstunden und -aktivitäten orientieren sich weiter am Infektionsgeschehen. Ehrenamtlich engagierte Gruppenleitungen suchen stärker als zuvor Gleichgesinnte, die wieder freiwillig und langfristig Verantwortung übernehmen wollen. Der Aufwand für Gruppenaktionen unter Pandemie-Regeln und -Bedingungen bleibt hoch.

Übernachtungseinrichtungen wie Gruppenhäuser und Zeltplätze der Jugendverbände sind längst nicht ausgelastet und bleiben finanziell unter Druck. Bereits vor Ausbruch der Pandemie notwendige Investitionen in die bedarfsgerechte und klimaneutrale Modernisierung wurden nicht weiter verfolgt. Gemeinsam mit anderen Trägern hat der Bundesjugendring deswegen einen Katalog¹⁹ erarbeitet, in dem unter anderem finanzielle Förderung für Inklusion und Barrierefreiheit sowie für Klimaschutz und Nachhaltigkeit gefordert wird.

Digitale Infrastrukturen und Arbeitsweisen in der Jugendarbeit haben meist den Improvisationsstatus verlassen, zugleich sind sie noch nicht langfristig gesichert. Ebenfalls mit anderen Trägern aus der Jugendarbeit ist dazu ein Vorschlag für einen Digitalpakt Jugendarbeit²⁰ entstanden. Mit dessen Hilfe sollen Digitalisierungsstrategien der bundeszentralen Infrastrukturen der Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet werden. Die Ausstattung in den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe soll verbessert, Förderprogramme zur flächendeckenden Praxisentwicklung vor Ort entwickelt und in Fortbildungen für die Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit investiert werden.

Zuletzt hat sich die pädagogische und inhaltliche Arbeit in den Jugendverbänden teilweise neu justiert. Die durch Studien belegte Verschlechterung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zum Beispiel braucht neue Konzepte, Methoden und Kompetenzen in der alltäglichen Arbeit derer, die junge Menschen auf ihrem Weg der Persönlichkeitsentwicklung begleiten.

Als Bundesjugendring haben wir mit unseren Gremien auf die Lage reagiert und verfolgen vier Linien: Bedarfe junger Menschen in den Blick von Gesellschaft und Politik rücken, Förderprogramme einfordern, mitgestalten und umsetzen sowie Strukturen zur Unterstützung der Jugendverbände in neuen Themenfeldern aufbauen. Zudem wird stärker auf Bündnisse und ein gemeinsames Vorgehen von Trägern der Jugendarbeit gesetzt.

Im jugendpolitischen Handeln wurde und wird betont, dass junge Menschen mit ihren Anliegen nicht nur stärker gehört werden. Sie müssen grundsätzlich und konkret an der Suche nach Lösungen wirksam beteiligt werden. Als Interessenvertretung von mehr als sechs Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Vorstand mandatiert, das Gegenüber für Politik zu sein. Mit Minister*innen, Verantwortlichen in Ministerien und Mitgliedern des Bundestages hat der Vorstand viele Gespräche geführt und erreicht, dass Kinder und Jugendliche im Blick bleiben. Förderprogramme sind verlängert oder neu entwickelt worden, zum Beispiel Sonderprogramme. Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements wird ein Mehrbedarf durch Steuermittel finanziert und bis zum Jahresende unter anderem in eine Juleica-Kampagne investiert. Mit der Fachstelle Jugendreisen ist eine Struktur geschaffen, die vor allem für Freizeiten in Corona-Zeiten Austausch und Konzepte organisiert; mitunter zu der pädagogischen Frage, wie dem kritischen mentalen Gesundheitszustand junger Menschen begegnet werden kann.

In den folgenden Abschnitten wird dargestellt, welche Ziele der Bundesjugendring in der Förderpolitik und in Themenfeldern wie Ehrenamt und Engagement inklusive Juleica sowie beim jugendverbandlichen Reisen verfolgte und weiter verfolgen wird.

¹⁹ <https://www.dbjr.de/artikel/gemeinnuetzige-orte-der-jugendarbeit-zukunftssicher-machen>

²⁰ <https://www.dbjr.de/artikel/digitalpakt-kinder-und-jugendarbeit>

Jugendfreizeiten als wesentlichen Teil der Jugendverbandsarbeit unterstützen

Durch die Teilnahme an den vielfältigen Angeboten finden Kinder und Jugendliche häufig einen ersten Einstieg in die Jugendverbände. Gleichzeitig stehen diese Formen der Jugendarbeit großen Herausforderungen durch erhebliche Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie gegenüber: insgesamt erhöhte formale Anforderungen, Kostensteigerungen sowie dem pandemiebedingten Wegfall von Teamer*innen.

Auch aus diesen Gründen ist die Fachstelle Jugendreisen eingerichtet worden, die über das Programm „Aufholen nach Corona“ bisher bis Ende 2022 finanziert ist. Vorrangig bietet die Fachstelle über eine Sonderwebseite, regelmäßige digitale Veranstaltungen sowie in individuellen Gesprächen allen Mitgliedsorganisationen Beratung und Austausch an, wie möglichst ausfallsichere Jugendreisen mit Corona geplant werden können und wie mit Infektionen während der Reise umzugehen ist.

Ein umfassendes Bild über die Auswirkungen der Pandemie auf Jugendreisen und über aktuelle Herausforderungen liefert eine Umfrage der Fachstelle unter allen Mitgliedsorganisationen. Mehr als 800 Organisationen haben teilgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass durch die pandemiebedingten Einschränkungen insbesondere im ehrenamtlichen Engagement ein erheblicher Einbruch festzustellen ist. Ebenfalls wurde sehr häufig angegeben, dass es zunehmend problematisch wird, eine geeignete Übernachtungsstätte zu finden.

Auch wenn 2021 ein Großteil der Maßnahmen nicht angeboten werden konnte, scheint sich zumindest für 2022 eine leichte Zunahme jugendverbandlicher Reisen zu zeigen. Die unter wissenschaftlicher Begleitung entstandenen Ergebnisse der Umfrage werden auf dem Fachtag Jugendreisen vorgestellt. Der Fachtag setzte im Oktober 2022 neben einem jugendpolitischen Podiumsgespräch seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf nachhaltigem Reisen, mentaler Gesundheit auf Freizeitmaßnahmen sowie queersensibler Freizeitgestaltung.

Als Bundesjugendring laden wir mehrmals im Jahr zur Werkstatt Jugendreisen ein. Sie steht allen Interessierten aus den Mitgliedsorganisationen offen und wird zunehmend genutzt. Die Werkstatt Jugendreisen befasst sich mit grundsätzlichen sowie aktuellen Themen der Freizeitenergie. Über die Treffen der Werkstatt hinaus ist über die neue Fachstelle Jugendreisen eine kontinuierliche Vernetzung unter den Mitgliedsorganisationen zu allen jugendreisenspezifischen Themen verstärkt worden. So konnten durch die neue Fachstelle beispielsweise kurzfristig Informationen zur Teilnahme von jungen ukrainischen Geflüchteten auf Freizeitmaßnahmen bereitgestellt werden.

In der Werkstatt wurde die Entstehung einer Arbeitsgruppe unterstützt, die derzeit das Projekt „17 Ziele – 17 Freizeiten“ erarbeitet. Die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung werden konkret auf jugendverbandliches Reisen heruntergebrochen. Dabei sollen gleichzeitig die vielfältigen Entwicklungen in diesem Bereich innerhalb der Mitgliedsorganisationen sichtbar gemacht werden.

Die besondere Bedeutung und Qualität der jugendverbandlichen Reisen hervorzuheben, ist ein wichtiges Anliegen: zum Beispiel bei Gesprächen mit den tourismuspolitisch verantwortlichen Politiker*innen der Bundestagsfraktionen sowie der Vorsitzenden des Tourismusausschusses. Dabei hebt der Bundesjugendring das große ehrenamtliche Engagement der Jugendverbände hervor und kritisiert eine zunehmende rechtliche Gleichbehandlung mit kommerziellen Reiseanbietern. Dazu kamen wir insbesondere über die aus Sicht der Jugendverbände und -ringe problematische Versicherungspflicht zur Absicherung gegen Insolvenzen während der Jugendreisen (sog. Sicherungsscheine) ins Gespräch. Verfolgt wird in diesen Gesprächen das Ziel, einen rechtlich ausreichend konkretisierten Ausnahmereich zu schaffen. Darüber hinaus setzt sich der Bundesjugendring in den Gesprächen für die Umsetzung eines im Koalitionsvertrag angekündigten Investitionsprogramms für Jugendbildungsstätten und andere gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten ein.

Wegen der Breite der Herausforderungen im Themenfeld Jugendreisen und den stetigen Beratungs- und Austauschbedarf setzen wir uns für die Verstärkung der Fachstelle Jugendreisen über 2022 hinaus ein.

Erfolgreich für eine angemessene Förderung streiten

Die Ampelkoalition hat im Koalitionsvertrag das Ziel einer bedarfsgerechten Ausstattung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) formuliert. Eine bedarfsgerechte Ausstattung der bundeszentralen Infrastruktur der Jugendverbandsarbeit im Rahmen der Förderung durch den KJP erkennt das selbstbestimmte und selbstorganisierte Engagement junger Menschen an und stärkt die Jugendverbände. Diese Selbstorganisation von jungen Menschen ist substanziell auf Dauer angelegt und damit langfristig wichtiger Baustein einer demokratischen Zivilgesellschaft.

In den Hintergrundgesprächen mit politischen Verantwortlichen haben wir sensibilisiert, dass die notwendige, dauerhafte, verlässliche und dynamisch angepasste staatliche Förderung über den Kinder- und Jugendplan des Bundes sichergestellt werden muss. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen hat der Bundesjugendring erfolgreich eine Aufstockung um 3 Millionen Euro im Jahr 2022 für die Jugendverbandsarbeit lobbyiert, die rückwirkend den Inflationsausgleich der letzten drei Jahre berücksichtigt. Für das Haushaltsjahr 2023 bedarf es mindestens einer Verstetigung dieser Summe, was ein gemeinschaftliches Engagement des Bundesjugendrings und seiner Mitgliedsorganisationen im politischen Raum erfordert.

In den Lobbygesprächen haben wir eine bedarfsgerechte Ausstattung des KJP für das Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit allerdings wesentlich höher definiert, weil diese neben dem Inflationsausgleich auch die Stärkung bundeszentraler Infrastrukturen zum Ziel hat. Letzteres ist zwingend erforderlich für die Erfüllung bestehender sowie die Aufnahme neuer Themen- und Aufgabefelder, die aus den eigenen Strukturen aber auch von Politik und Gesellschaft an Jugendverbände herangetragen werden – oft mit großen Erwartungen verbunden. Nur durch die Sicherstellung einer ausreichenden finanziellen Basis für die Infrastruktur auf Bundesebene, einhergehend mit einer großen Flexibilität in der Mittelverwendung, sind die Verbände in der Lage, den Anforderungen und Aufgaben entsprechend gewachsen zu sein.

Jugendverbandsarbeit erlebt seit mehr als zwei Jahren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die praktische Arbeit und viel mehr noch die Folgen für Kinder und Jugendliche. Beispielhaft wird das bei den ehrenamtlichen Jugendleiter*innen mit einer Jugendleiter*in-Card (Juleica) deutlich. In den Jahren vor der Pandemie haben jährlich mehr als 30.000 junge Menschen die notwendige Qualifizierung absolviert, um die Juleica zu erhalten oder ihre Gültigkeit zu verlängern. In den beiden Kernjahren der Pandemie haben nur noch ca. 20.000 junge Menschen die Karte neu beantragt bzw. die Ausbildung absolviert. Das BMFSFJ hat für die Bemühungen im Zusammenhang mit der Motivation und (Wieder-)Gewinnung von jungen Ehrenamtlichen für das Jahr 2022 insgesamt zusätzliche 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Neben den Mitgliedsverbänden hat der Bundesjugendring einen Mehrbedarf angemeldet, mit dem im zeitlich sehr knapp bemessenen Ausgabezeitraum eine groß angelegte Imagekampagne zur Stärkung jugendlichen Engagements und der Sichtbarmachung der Juleica im Herbst umgesetzt wird.



Aufholpakete und Sondermittel sind nur eine Ergänzung zur Regelförderung

Neben den Strukturmitteln hat das BMFSFJ im Sommer 2022 auch weitere Paket- und Sondermittel für Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ und für die Ukraine-Hilfe zur Verfügung gestellt.

Für das Corona-Aktionsprogramm standen bereits im Jahr 2021 10 Millionen Euro für die Mitgliedsverbände zur Verfügung. Der für das Jahr 2022 ursprünglich zugesagte Betrag in Höhe von 18 Millionen Euro ist im Zuge der Hausverhandlungen durch das BMFSFJ um 3,8 Millionen auf insgesamt 21,8 Millionen Euro aufgestockt worden.

Zur Erarbeitung der fördertechnischen Umsetzung der KJP-Aufstockung und des Verteilverfahrens standen und stehen wir als Bundesjugendring in engem Kontakt mit dem BMFSFJ. Parallel organisieren wir kurzfristige Bedarfsabfragen unter den Mitgliedsverbänden, auf deren Basis die KJP-Kommission die entsprechende Mittelverteilung berät und verabschiedet. Mit dem Aufholprogramm werden im non-formalen Bereich mit niedrighschwelligem Antragsverfahren Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Jugendleiter*innenschulungen, Jugendfreizeitmaßnahmen, aufsuchende Jugendsozialarbeit, Stärkung des Ehrenamts und zahlreichen weiteren Maßnahmen, die Auswirkungen der Pandemie und ihrer entsprechenden Eindämmungsmaßnahmen, in den Fokus gerückt.

Die Erfahrungen im Jahr 2021 waren sehr positiv. Insgesamt die Hälfte aller Maßnahmen wurden durch Jugendverbände umgesetzt. Das zeigt, dass etablierte Strukturen relativ schnell qualitativ gute und vielfältige Maßnahmen umsetzen können – im Vergleich zu anderen Projektträgern. Diese müssen häufig erst Aufbau- und Konzeptionsarbeit leisten. Der Bundesjugendring finanziert die neu geschaffene Beratungsstelle Jugendreisen zunächst als Projekt aus den Mitteln des Aufholprogramms. Die von den Verbänden in 2022 gemeldeten Bedarfe überstiegen die tatsächlichen Mittel vielfach.

Bereits kurz nach der Invasion Russlands in die Ukraine hat der Bundesjugendring gegenüber dem BMFSFJ die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel für die Versorgung und Integration von jungen ukrainischen Geflüchteten herausgestellt. Im Sommer wurden zusätzlich 2 Millionen Euro für Maßnahmen mit ukrainischen Geflüchteten bereitgestellt. Auf Basis der Bedarfsmeldungen wurden insgesamt 800.000 Euro an die Mitgliedsverbände verteilt. Die Restsumme steht dem Bundesjugendring und den Verbänden bis Ende November 2022 für eine nachträgliche Beantragung zur Verfügung. Vor allem in diesem aber auch anderen Programmen stellt uns eine kurzfristige Mittelankündigung im laufenden Haushaltsjahr vor die Herausforderung, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen und somit die Mittel zu verausgaben. Denn vielerorts hatten bereits die Sommerferien begonnen. Eine frühzeitige Planungssicherheit ist hier für die Jugendverbände elementar und wurde dem BMFSFJ angezeigt.

Beide Förderprogramme zeigen erneut den finanziellen Mehrbedarf für Jugendverbände zur Bewältigung aktueller Situationen. Wir verstehen, dass der Staat auf aktuelle Krisen wie die Corona-Pandemie oder den Krieg in der Ukraine reagieren und hohe Summen in kurzfristige Aktivitäten investieren muss. Sonderprogramme und Pakete helfen auch dem anlassbezogenen Mehrbedarf der Jugendverbände in diesen Krisensituationen. Zugleich darf die Substanz der selbstbestimmten und selbstorganisierten ehrenamtlich getragenen Strukturen junger Menschen nicht gefährdet werden. Eine dauerhafte Aufstockung und Dynamisierung des KJP ermöglicht den Jugendverbänden die notwendige Flexibilität und Gestaltungsfreiheit, um aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Jugendverbandliche Förderung muss nicht nur verlässlich konstant, sondern auch krisensicher sein. Deshalb treten wir den im Sommer angekündigten Kürzungen im Bundeshaushalt 2023 im Kinder- und Jugendplan entschieden entgegen.

Sonderprogramme Jugend entwickelt

Finanziell besonders negativ betroffen von der Corona-Pandemie sind seit Anbeginn der Pandemie Freizeit- und Übernachtungsstätten – gerade in Trägerschaft unserer Mitgliedsorganisationen. In enger Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung kultureller Jugendbildung (BKJ), der Deutschen Sportjugend (dsj), den Verbänden der politischen (Jugend)Bildung und weiteren Zentralstellen haben wir uns dafür eingesetzt, dass die sogenannten Überbrückungshilfen für gemeinnützige Einrichtungen von März 2020 bis Juni 2022 umgesetzt werden konnten. Insgesamt gab es seit Einführung des Programms drei Antragsrunden. Im Rahmen derer konnte der Bundesjugendring mit einem Gesamtvolumen von fast zwölf Millionen Euro Mittel an die Antragstellenden auszahlen. Die Geschäftsstelle fungierte hier bis zum Ende August 2022 als Zentralstelle für 350 Häuser.

Mentale Gesundheit wird zum wichtigen Themenfeld

Durch die Corona-Pandemie ist mentale Gesundheit – zum Teil auch unter anderen Begriffen („mental health“) – als ein Bereich der öffentlichen Gesundheit verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Psychische Auswirkungen der Pandemie insbesondere bei Kindern und Jugendlichen durch die vielfältigen Kontaktbeschränkungen sind deutlich zu spüren. Aktuelle Studien zeigen, dass sich sowohl die Zahl junger Menschen mit Symptomen einer psychischen Erkrankung als auch die Zahl derjenigen, die für eine solche als gefährdet einzustufen, erhöht hat.²¹ Demnach lebt jeder siebte junge Mensch zwischen 10 und 19 Jahren mit einer diagnostizierten psychischen Beeinträchtigung oder Störung.²²

Wir messen diesem Thema mit seiner wachsenden Bedeutung gerade für die Jugendverbandsarbeit einen hohen Stellenwert zu. Jugendverbände und -ringe leisten in diesem Bereich wichtige Präventionsarbeit. Die gilt es zu stärken. Innerhalb der Mitgliedsorganisationen nehmen wir einen zunehmenden Austauschbedarf wahr. Den förderten wir in diesem Jahr mit einer digitalen Fach- und Vernetzungsveranstaltung sowie durch die gemeinsame Weiterarbeit an diesem Thema im Rahmen des Fachtags Jugendreisen im Oktober 2022. Über die Fachstelle Jugendreisen stellen wir den Mitgliedsorganisationen über die Website weitere Informationen bereit.

Insgesamt ist wahrzunehmen, dass die Jugendverbandsarbeit zu mental health noch eine genaue Standortbestimmung vornehmen muss. Einerseits verfügen Jugendverbände und -ringe in der Regel nicht über eine eigene Fachexpertise in diesem Thema. Andererseits sind für diesen Bereich ebenso routinierte Konzepte und Verfahrensweisen erforderlich, wie sie bereits im Bereich Kindeswohlgefährdung und Schutz vor sexualisierter Gewalt zum Standard gehören. Aus den Erfahrungen des Austauschtermins erscheint unter anderem die Entwicklung von Modulen für die Juleica-Ausbildung sinnvoll.

Insbesondere während intensiv erlebter und vom häuslichen Sozialraum losgelöster Freizeitmaßnahmen zeigt sich, dass jugendverbandliche Angebote ein wichtiger Ort für Prävention und Schutz sind. Die Erfahrung zeigt, dass sich junge Menschen hier beispielsweise mit ihren Gedanken zu Suizidversuchen und Magersucht an ehrenamtliche Teamer*innen wenden. Jugendverbände leisten ebenfalls durch Entstigmatisierung in diesem Thema einen wichtigen Beitrag.

Damit haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende mit solchen Extremsituationen ohne eigene Beeinträchtigungen umgehen und an die richtigen professionellen Hilfsstellen verweisen können, ist die Fort- und Weiterbildung dieser zwingend erforderlich. Wir unterstützen die Mitgliedsorganisationen im fortlaufenden Informationsaustausch und heben in Gesprächen mit Politiker*innen die Bedeutung dieses Themas hervor.

²¹ Gravelmann, Reinhold: Jugend in der Krise. Die Pandemie und ihre Auswirkungen. 2022, Seite 38f.

²² UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in der Welt 2021 <https://www.unicef.de/blob/249178/df8537c4c9c2106922f49da4884e82b4/zusammenfassung-sowcr-2021-data.pdf>

Junges ehrenamtliches Engagement stärken

Jugendverbände sind ehrenamtliches Engagement und bestehen durch ehrenamtliches Engagement. Eine unserer wichtigsten Aufgaben als Bundesjugendring ist, Engagement zu ermöglichen und zu stärken. Entsprechend engagieren wir uns beispielsweise bei Gesprächen mit Abgeordneten und bei Anhörungen im Deutschen Bundestag. Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement nahm in seiner zweiten Sitzung in dieser Wahlperiode eine Standortbestimmung Ehrenamt vor; wir waren eingeladen. Dabei konnten wir unter anderem deutlich machen, dass ehrenamtliches Engagement nur erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann, wenn Staat und (Zivil-)Gesellschaft ihre Aufgaben (gemeinsam) erfüllen. Sie müssen entsprechende Rahmenbedingungen sicherstellen. Unsere Erwartungen und Forderungen dabei sind klar: Junges ehrenamtliches Engagement braucht verlässliche Rahmenbedingungen!

Über zwei Jahre Corona-Pandemie haben große Auswirkungen auf das ehrenamtliche Engagement. Diese Auswirkungen im Blick zu behalten und die Mitgliedsorganisationen bei ihrer Bewältigung fachlich und jugendpolitisch zu unterstützen, war ein Schwerpunkt. Sehr konkret sind die Auswirkungen am Beispiel der Jugendleiter*in-Card zu erkennen. Daher nehmen wir unter anderem die Juleica als Grundlage für ein Forschungsprojekt zu den Auswirkungen der Pandemie. Aktuell konzipieren wir dieses Forschungsprojekt und organisieren eine Finanzierung.

Ebenfalls wichtig für unsere Arbeit ist die Vernetzung mit anderen Organisationen. Wir sind beispielsweise seit Gründung Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und wir engagieren uns zusammen mit den großen Dachverbänden der Zivilgesellschaft im Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG). Ein Ziel ist, das Gemeinnützigkeitsrecht (beispielsweise die entsprechenden Regelungen der Abgabenordnung) in unserem Sinne weiterzuentwickeln. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, die Vorgaben im Zusammenhang mit dem Lobbyregistergesetz – wo möglich – hürdenarm für gemeinnützig arbeitende Organisationen zu gestalten. Die Entwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) begleiten wir seit ihrer Gründung konstruktiv-kritisch. Die Gefahr der Entstehung einer Parallelstruktur ist nach wie vor hoch.

Aktuell kursiert wieder die Idee eines gesellschaftlichen Pflichtdienstes. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wärmte die alte Debatte neu auf. Vor allem junge Menschen sollen Dienst in sozialen Einrichtungen leisten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Für uns gilt weiterhin: Engagement kann und darf nicht erzwungen werden. Millionen engagierte junge Menschen in der Jugendarbeit und in Freiwilligendiensten leisten aus eigenen Stücken bereits viel für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Statt neue Pflichtdienste zu schaffen, müssen bestehende Freiwilligendienste finanziell gestärkt und das Platzangebot ausgebaut werden. Auf unserer Vollversammlung 2020 haben wir uns ausführlich zur Zukunft der Freiwilligendienste positioniert.²³

Die Jugendleiter*in-Card weiterentwickeln

Wir verantworten und organisieren seit 2009 als Bundeszentralstelle die Beantragung, Genehmigung und Herstellung der Jugendleiter*in-Card (Juleica). Wir sind Ansprechpartner der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF) sowie der Landeszentralstellen (LZS) sowohl bei organisatorischen, rechtlichen, technischen als auch jugendpolitischen Problemen und Fragen. Wir kümmern uns um alle länderübergreifenden Belange der Juleica, koordinieren und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und organisieren regelmäßige Landeszentralstellentreffen. Unsere Juleica-Hotline wird von Antragstellenden, freien und öffentlichen Trägern, Landeszentralstellen und Interessierten stark genutzt.

Die Juleica war und ist massiv von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen: Wie weiter oben beschrieben, konnten in den Jahren 2020 und 2021 jeweils nur knapp über 20.000 Karten ausgestellt werden. In den Jahren davor waren es jeweils über 30.000 Karten. Hintergründe waren insbesondere die Absagen von Juleica-Ausbildungen und Freizeitmaßnahmen sowie die generelle Auswirkung der Pandemie auf die

²³ <https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken>

ehrenamtlichen Strukturen. Wie bereits 2020 haben wir zusammen mit den Landeszentralstellen durch Sonderregelungen zur Ausbildung und teilweise durch automatische Verlängerungen ablaufender Karten reagiert. Im ersten Halbjahr 2022 wurden 18.053 Karten gedruckt (zum Vergleich: 2019 im gleichen Zeitraum 19.824 Karten). Auch wenn damit die aktuellen Zahlen wieder ansteigen, können die fehlenden Ausbildungen und Kartenausstellungen der vergangenen beiden Jahre in keiner Weise kompensiert werden. Vor dem Hintergrund der andauernden Pandemie haben wir uns mit den Landeszentralstellen auch für 2022 auf Sonderregelungen verständigt – insbesondere auf die Möglichkeit, die Juleica-Ausbildungen anteilig digital durchzuführen.

Die Folgen der Pandemie und ihre Bewältigung haben den Ende 2018 gestarteten Weiterentwicklungsprozess deutlich verzögert. Dennoch konnten wir in den drei Säulen Antragsystem, Kommunikation und Qualitätskriterien, in die sich der Prozess ausgehend vom Beschluss der Vollversammlung 2017 „JA zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica bis 2019“²⁴ gliedert, inzwischen erhebliche Fortschritte erzielen.

Das neue Antragsystem wurde bis Anfang 2022 schrittweise in den verschiedenen Bundesländern gestartet. Nach der intensiven Begleitung der Startphase (unter anderem Fehlerbehebungen, Anpassungen, Beratung) gibt es aktuell lediglich noch einzelne Nacharbeiten und Erweiterungen. Das neue System ist übersichtlicher und weitaus intuitiver. Zudem stellt es bessere und klarere Lösungen für die verschiedenen Anforderungen bereit. Das Feedback aller Beteiligten ist ausgesprochen positiv. Seit Februar 2022 wird zudem die Karte im neuen Design gedruckt: Während die Vorderseite bundesweit einheitlich bleibt, bietet die Rückseite einen Raum für landesspezifische Anpassungen mit funktionalem Vorteil für die Jugendleiter*innen. In einzelnen Bundesländern wird diese Option beispielsweise verwendet, um das Logo der jeweiligen Ehrenamtskarte einzufügen: Die Juleica fungiert damit in diesen Ländern gleichzeitig auch als Ehrenamtskarte. Außerdem wird seitdem im Sinne der Nachhaltigkeit recyceltes PVC als Kartenmaterial verwendet.

Aktuell liegt unser Schwerpunkt auf dem Abschluss der Weiterentwicklung der bundesweiten Qualitätsstandards. Weil die Ressourcen der Jugendministerien der Länder in der Pandemie zunächst anderweitig gebunden waren, musste dieser Prozess bis ins Frühjahr 2022 ruhen. Anfang Juli 2022 fand die erste Sitzung der länderoffenen Arbeitsgruppe statt. Laut dem Beschluss der Jugend- und Familienminister*innenkonferenz von 2020 soll diese unter Einbindung von Bundesjugendring und BMFSFJ einen Vorschlag für die neuen Qualitätsstandards erarbeiten. Angestrebt wird momentan eine Beschlussfassung zur Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2023.

Den Austausch über kulturelle Bildung ausbauen

Kulturelle Bildung ist politische Bildung. Mit diesem Ansatz sind wir dabei, intern den Austausch mit den kulturellen Verbänden zu öffnen und zu forcieren. Fast alle Jugendverbände betreiben kulturelle Bildung, ohne sie immer als solche zu benennen. Dabei sind niederschwellige Ansätze nötig und möglich. Ob in der praktischen Arbeit mit Geflüchteten, der Bildung für nachhaltige Entwicklung oder bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Nach außen haben wir das Gespräch mit anderen Akteur*innen der kulturellen Bildung gesucht. Ein Gesprächstermin mit der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien, Claudia Roth, ist angefragt. Mit ihr möchten wir gerne in den Austausch darüber kommen, welche Anknüpfungspunkte und Beteiligungsmöglichkeiten es für die Jugendverbände und Landesjugendringe in der Kultur- und Medienpolitik sowie bei den im Koalitionsvertrag genannten kulturpolitischen Vorhaben gibt.

Darüber hinaus sind wir im Dialog mit Professorin Dr. Susanne Keuchel, Vorsitzende der Bundesvereinigung für Kulturelle Bildung (BKJ) und Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung. Beide Organisationen sind wichtige Akteure auf dem Feld der kulturellen Bildung. Dabei interessieren uns als Jugendverbände vor allem die ökologischen und sozialen Aspekte von Kultur, die Gestaltung der Digitalisierung, der Einfluss auf Lern- und Arbeitswelten sowie die Mitgestaltung der Gesellschaft.

²⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/weiterentwicklung-der-juleica-bis-2019>

**GUTE
JUGENDPOLITIK
IM LICHT
DER AMPEL**



Zwei Wochen nachdem die Vollversammlung des Bundesjugendrings 2021 den neuen Vorstand wählte, wählten die Wahlberechtigten in Deutschland einen neuen Bundestag. Noch bevor die Sondierungs- und Koalitionsgespräche begannen, formulierten wir die Erwartungen junger Menschen an alle Abgeordneten und die Mitglieder der neuen Bundesregierung. 13 Forderungen stellten wir an den Beginn der 20. Legislaturperiode.²⁵

Unter dem Eindruck der andauernden Corona-Pandemie hielten wir darin fest: Kinder und Jugendliche haben mehr als alle anderen solidarisch zur Bekämpfung der Pandemie beigetragen. Wir forderten: Das muss gesamtgesellschaftlich anerkannt werden. Sie müssen wieder vollständig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die politisch Verantwortlichen sollten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Alltag von Kindern und Jugendlichen wieder lebenswert wird – durch die Ermöglichung von Präsenzangeboten der außerschulischen Bildung, dem Zugang zu Einrichtungen der Kultur, der Gastronomie, zu Übernachtungsmöglichkeiten und öffentlichen Einrichtungen.

Ein Dutzend jugendpolitische Forderungen konkretisierten die Erwartungen an die neue Bundesregierung: Kinder- und Jugendarmut müssen endlich bekämpft werden. Junge Menschen wollen ihr Lebensumfeld selbstbestimmt gestalten – dafür braucht es wirksame Beteiligung. Ehrenamt, Freiwilligkeit, Selbstbestimmung als Basis der Jugendverbandsarbeit brauchen Unterstützung – durch weniger Bürokratie und mehr Anerkennung. Nachhaltige Politische Bildung braucht Stärkung und Weiterentwicklung. Jugendverbände sind als Interessenvertretung im Dialog mit der Politik anzuhören und einzubinden. Die Jugendverbandsarbeit braucht gute Rahmenbedingungen, die internationale Jugendarbeit braucht eine sinnvolle Förderung.

Junge Menschen fordern außerdem eine vielfältige Gesellschaft ohne Hass, ein offenes und solidarisches Europa sowie eine digital-souveräne Gesellschaft. Nicht zuletzt fordern sie eine nachhaltige und klimafreundliche Politik mit Lösungen zum Einhalten der Klimaziele, zum Ausbau nachhaltiger Mobilität, zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und zu einem fairen Welthandel.

Im Herbst 2022 stand mit der Ampel-Koalition die Adressatin der Forderungen fest. Für uns war klar: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP müssen junge Menschen zum Fokus ihrer Regierungsarbeit machen.²⁶ Kinder und Jugendliche müssen von der neuen Regierung als eigenständige Gruppe mit besonderen Bedarfen betrachtet und berücksichtigt werden. Eine wirksame und ressortübergreifende Jugendpolitik, die an den Bedarfen und Interessen junger Menschen ausgerichtet ist, muss bereits im Koalitionsvertrag verankert sein.

Nach hoffnungsvollen Sondierungsergebnissen²⁷ folgte im November 2021 der Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen. Darin finden sich einige unserer jugendpolitischen Forderungen wieder, die wir während der Verhandlungen im parlamentarischen Raum und im Austausch mit Abgeordneten platziert haben. Unsere Bewertung: Die Ampel-Koalition berücksichtigt einige zentrale Bedarfe von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig muss im Laufe der Legislatur sichergestellt werden, dass die Interessen junger Menschen als Querschnittsthema in allen Ressorts einbezogen werden.²⁸

Aus dem Koalitionsvertrag lassen sich einige anknüpfungsfähige Punkte hervorheben. Im Kapitel Jugend heißt es: „Kinder und Jugendliche sollen mit gleichen Lebenschancen aufwachsen, unabhängig von ihrer Herkunft. Sie haben eigene Rechte.“ Junge Menschen will die Regierung an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligen. Bei rechtlichen Modernisierungen soll das Wohl des Kindes zentral sein. Kinder und Jugendliche sollen zudem über ihre Rechte und Beschwerdemöglichkeiten aufgeklärt werden.

Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung (NAP) soll die Jugendstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt werden. Das Einbinden zivilgesellschaftlicher Akteure hat sich die Koalition vorgenommen. Auch Qualitätsstandards für eine gute Kinder- und Jugendbeteiligung sollen eine zentrale Rolle spielen. Diese Standards entwickeln wir als Bundesjugendring bereits gemeinsam mit dem Bundesjugendministerium.

²⁵ <https://www.dbjr.de/artikel/13-forderungen-an-parlament-und-regierung>

²⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/ampel-koalition-muss-jugend-zum-fokusthema-machen>

²⁷ <https://www.dbjr.de/artikel/sondierungsergebnisse-greifen-jugendpolitische-forderungen-auf>

²⁸ <https://www.dbjr.de/artikel/koalitionsvertrag-beruecksichtigt-forderungen-junger-menschen>

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) soll laut Koalitionsvertrag bedarfsgerecht ausgestattet werden. Aus unserer Sicht bedeutet das ganz klar einen Ausbau des KJP, eine regelmäßige, automatische Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung und neue Aufgaben sowie eine Weiterentwicklung der Förderkriterien für die Jugendverbandsarbeit. Im Anschluss an das Corona-Aufholpaket soll die Situation für Kinder und Jugendliche zudem mit einem Zukunftspaket schnell und wirksam verbessert werden. Bewegung, Kultur und Gesundheit werden in diesem Kontext im Koalitionsvertrag benannt. Diese sind in den selbst organisierten Bildungsangeboten der Jugendverbände zentraler Bestandteil.

Darüber hinaus werden konkrete Erwartungen und Forderungen berücksichtigt, die wir im Namen junger Menschen seit Jahren in die politischen Prozesse einbringen: Die Ampel-Koalition will eine Kindergrundsicherung einführen. Diese fordern wir als wesentlichen Baustein im Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut. Die geplante Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz wäre ein großer Schritt und die maßgebliche Orientierung an den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention notwendig, um Kinderrechte endlich wirksam zu stärken. Mit der Absenkung des aktiven Wahlrechts bei Wahlen zu Bundestag und Europaparlament würde eine zentrale Forderung der Jugendverbände und -ringe erfüllt. Auch wenn das Ziel ein Wahlalter ab 14 Jahren für alle in Deutschland wohnhaften Menschen zu allen Wahlen im Land bleibt.

Die konkrete Umsetzung der genannten jugendpolitischen Vorhaben begleiten wir kritisch und konstruktiv.



Elementarer Bestandteil dabei sind zahlreiche politische Gespräche, die wir als Vorstand mit politisch Verantwortlichen und Personen der Arbeitsebene führen. Wir haben uns mit Sven Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), ausgetauscht. Themen waren neben der Förderung von Jugendverbandsarbeit die Stärkung der Zivilgesellschaft, das Europäische Jahr der Jugend und die Unterstützung ukrainischer Geflüchteter. Sven Lehmann sagte: „Der Bundesjugendring ist ein langjähriger Partner des Ministeriums. Auch in dieser Legislaturperiode haben wir gemeinsam viel vor.“²⁹

Im Dialog mit Cansel Kiziltepe (SPD), Parlamentarischer Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sprachen wir über soziale und

jugendgerechte Wohnungspolitik.³⁰ Mit Mitgliedern aus der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutierten wir über aktuelle jugendpolitische und das Engagement junger Menschen.³¹ Im Dialog mit der Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Kinderkommission (KiKo), Sahra Lahrkamp (SPD), brachten wir die Position der Jugendverbände ein. Neben der Bekämpfung von Kinderarmut ging es um die Unterstützung junger Geflüchteter und Jugendpartizipation.³² Mit Staatssekretärin Dr. Luise Hölscher aus dem Bundesfinanzministerium sprachen wir über Förderung und Investitionen sowie die Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans.³³ Mit Tabea Rößner, Vorsitzende des Digitalausschusses im Bundestag, sprachen wir über digitale Teilhabe und Regelungsbedarf von Plattformen und sozialen Medien.³⁴

²⁹ <https://www.dbjr.de/artikel/austausch-mit-parlamentarischem-staatssekretaer-sven-lehmann>

³⁰ <https://www.dbjr.de/artikel/austausch-zu-jugendgerechtem-wohnen>

³¹ <https://www.dbjr.de/artikel/austausch-ueber-jugendpolitik-mit-cdu-csu-fraktion>

³² <https://www.dbjr.de/artikel/im-austausch-mit-kiko-vorsitzender-sarah-lahrkamp>

³³ <https://www.dbjr.de/artikel/konstruktiver-dialog-mit-dem-bundesfinanzministerium>

³⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/dialog-mit-vorsitzender-des-digitalausschusses>

Junge Engagierte und Vertreter*innen des Bundesjugendrings tauschten sich mit Bundesjugendministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) zur Situation der Jugend in Europa und dem aktuellen Engagement in der Hilfe für Geflüchtete aus.³⁵

Im Termin mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprachen wir über Jugendbeteiligung und verdeutlichten die Position der Jugendverbände zu Freiwilligendiensten.³⁶ Im Austausch mit Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprachen wir über eine Reihe jugendpolitischer Themen.³⁷

In zahlreichen weiteren Gesprächen mit politisch Verantwortlichen in Parlament und Verwaltung platzierten wir als Vorstand des Bundesjugendrings die Forderungen der Jugendverbände und -ringe.

Ergänzend dazu brachten wir uns in Gesetzgebungsprozesse ein, veröffentlichten Stellungnahmen und Positionierungen zu jugendpolitischen Vorhaben. Zur Ausgestaltung des Demokratiefördergesetzes forderten wir weiteren Austausch ein.³⁸ Zur Senkung des Wahlalters machte der Bundesjugending in einem Fachartikel deutlich, dass dieses elementare Recht jungen Menschen nicht weiter vorenthalten werden darf.³⁹ Zum geplanten Selbstbestimmungsgesetz machten wir die Anforderungen daran deutlich.⁴⁰

Weitere Stellungnahmen richteten sich etwa an den Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung in der Jugendhilfe⁴¹ sowie an einen Antrag im Nordrhein-Westfälischen Landtag zu einer eigenständigen Jugendpolitik.⁴²

Im Einsatz für eine gute Jugendpolitik begleiten wir weiterhin kritisch und konstruktiv die Vorgänge, bleiben im Dialog mit politisch Verantwortlichen aus Regierung und Opposition und beteiligen uns an Gesetzgebungsprozessen. Dabei gilt der Grundsatz: Gute Jugendpolitik ist an den Bedarfen und Interessen junger Menschen ausgerichtet. Sie setzt auf selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen junger Menschen. Sie ist zudem ressortübergreifend und wahrt auch und vor allem in Krisenzeiten die Interessen junger Menschen.

Nationale Jugendpolitik muss die organisierte Zivilgesellschaft einbeziehen

Jugendstrategie

Nachdem die letzte Bundesregierung 2019 ihre Jugendstrategie vorgestellt hat, haben wir uns als Bundesjugending an unterschiedlichen Stellen bei deren Umsetzung eingebracht. Wir haben uns dazu positioniert⁴³, fachpolitische Diskurse begleitet, im Beirat des BMFSFJ mitgewirkt und insbesondere die Erarbeitung der Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung verantwortet und begleitet. Mit Blick auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurde die Jugendstrategie durch die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) für Kinder- und Jugendbeteiligung ergänzt. Wir werden den Prozess dazu kritisch begleiten und uns entsprechend einbringen. Uns ist dabei besonders wichtig, dass der Fokus auf einer ressortübergreifenden und eigenständigen Jugendpolitik erhalten bleibt und ein Bewusstsein dafür besteht, in politischen Entscheidungsprozessen jugendpolitische Belange aufzugreifen. Gerade in Krisenzeiten muss die Jugendstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt werden. Sie muss krisenfest werden und auch in Krisenzeiten Wirkung zeigen. Die Zivilgesellschaft und die Interessenver-

35 <https://www.dbjr.de/artikel/jugendvertreterinnen-im-austausch-mit-bundesjugendministerin>

36 <https://www.dbjr.de/artikel/im-austausch-mit-bundespraesident-steinmeier>

37 <https://www.dbjr.de/artikel/lisa-paus-will-jugend-als-jugendministerin-staerken>

38 <https://www.dbjr.de/artikel/ausgestaltung-des-demokratiefoerderungsgesetzes-braucht-weiter-dialog>

39 <https://www.dbjr.de/artikel/wahlalter-senken-keine-debatte>

40 <https://www.dbjr.de/artikel/junge-menschen-beim-selbstbestimmungsgesetz-staerken>

41 <https://www.dbjr.de/artikel/zum-referentinnenentwurf-eines-gesetzes-zur-abschaffung-der-kostenheranziehung-in-der-kinder-und-jugendhilfe>

42 <https://www.dbjr.de/artikel/zum-antrag-auf-eine-eigenstaendige-kinder-und-jugendpolitik-in-nrw>

43 <https://www.dbjr.de/artikel/bestandsaufnahme-und-perspektive-zur-jugendstrategie-der-bundesregierung>

tretenungen junger Menschen müssen stärker einbezogen werden. Jegliche Jugendbeteiligung im Rahmen der Jugendstrategie muss den Qualitätsstandards genügen. Sie muss verbindlich, nachhaltig und transparent sein und die etablierten Interessenvertretungsstrukturen einbeziehen. Der ressortübergreifende Charakter der Jugendstrategie muss deutlich ausgebaut werden. Diese Forderungen werden wir im (wieder) neu eingesetzt jugendpolitischen Beirat des BMFSFJ einbringen. Im September 2022 wurde der Beirat konstituiert, in dem wir vertreten sind. Dieser dient der fachlich-strategischen Beratung sowie Vernetzung der Zivilgesellschaft und der Bundesregierung zur Jugendstrategie und zur aktiven Mitgestaltung des Dialogprozesses zum NAP für Kinder- und Jugendbeteiligung.

Jugendcheck

Eine für alle Ressorts verbindliche, rechtlich abgesicherte Verankerung des Jugend-Checks konnte trotz intensiver Bemühungen weiterhin nicht erreicht werden. Auch ein entsprechendes Bekenntnis im Koalitionsvertrag vermissen wir. Die aktuelle Förderung des Kompetenzzentrums Jugendcheck (KomJC), welches die fachliche Weiterentwicklung und Erprobung des Jugend-Checks in Projektform ermöglicht und gleichzeitig für dessen Notwendigkeit sensibilisiert, endet 2022. Daher drängt die Zeit.

Die Beteiligung von Fachwelt, Zivilgesellschaft und von Interessenvertretungen junger Menschen erfolgt derzeit über den Fachbeirat des KomJC, in dem wir mitarbeiten. Wir begrüßen die Bemühungen, einen Jugend-Check auch auf Länderebene einzuführen ebenso wie das Interesse aus anderen europäischen Staaten. Die Umsetzung des Jugend-Checks ist ebenso Teil der Jugendstrategie der Bundesregierung.

Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Bestrebungen, junge Menschen mit ihren Anliegen ernst zu nehmen, haben an Bedeutung gewonnen. Allerdings gelingt diese Aufgabe auf allen Ebenen nicht immer. Standards, die qualitative Beteiligung sichern, sind deshalb hilfreich. In Kooperation mit dem BMFSFJ arbeiten wir im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung an einer Aktualisierung der Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. Seit Herbst 2020 begleiten wir den Prozess der Überarbeitung und Neufassung in Form eines Projektes. Für die Umsetzung dieses Vorhabens wurden mehr als 50 Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Mitarbeit an unterschiedlichen Themenschwerpunkten hinzugezogen und als Autor*innen für die Handlungsfelder ausgewählt. Neben dem allgemeinen Teil werden die Qualitätsstandards anhand verschiedener Handlungsfelder beschrieben. Die Qualitätsstandards sollen Impulse zur Weiterentwicklung von Beteiligungsprozessen und -formaten geben sowie zum Mitmachen, Diskutieren und Ausprobieren einladen.

Mit der Erwähnung der Qualitätsstandards im Koalitionsvertrag, der im November 2021 veröffentlicht wurde, entstand der Bedarf der Überarbeitung der Inhalte hinsichtlich ihrer Stringenz und Einordnung in ein Gesamtbild. Die Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung sollen im Herbst 2022 als Print- und Digitalversion veröffentlicht werden. Sie bilden eine zentrale Grundlage des NAP für Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung.

Kinder- und Jugendparlamente

Die Teilhabe junger Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen ist in Deutschland stärker in den Fokus von Politik, Verwaltung und Gesellschaft gerückt. Kinder und Jugendliche sollen vermehrt an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die neue Bundesregierung hat vereinbart, Kinder- und Jugendbeteiligung weiter zu stärken. Nicht erst seit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat sich jedoch gezeigt, dass es noch ein weiter Weg ist, bis sich die Wirksamkeit der rechtlichen Verankerungen und die Vorhaben zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung aus Politik und Verwaltung entfalten.

In Deutschland sind in den letzten Jahren vielfältige Organisationen, Formate und Angebote hinzugekommen, die Kinder- und Jugendbeteiligung umsetzen. Neben den Jugendverbänden und Jugendringen sind unter anderem viele, oftmals befristete, Beteiligungsangebote mit Bezug auf konkrete Projekte und Vorhaben entstanden. Darüber hinaus haben sich Jugendparlamente als vorwiegend kommunales Beteiligungsformat weiter etabliert. Die neue Regierungskoalition hat dies erkannt und plant im Koalitionspapier, selbstbestimmte Kinder- und Jugendparlamente und Beteiligungsnetzwerke zu stärken. Als Bundesjugendring haben wir dieses Vorhaben zum Anlass genommen und uns zu „Jugendparlamenten

als ein Format der kommunalen Jugendbeteiligung“ positioniert.⁴⁴ Unsere Position nutzen wir, um mit Politik und Verwaltung sowie unseren Mitgliedsorganisationen weiterhin im Austausch zur Stärkung, insbesondere der kommunalen Jugendbeteiligung, zu bleiben.

Als Jugendverbände und Jugendringe verstehen wir uns als Orte der gelebten Beteiligung junger Menschen. Als Interessenvertretung aller jungen Menschen und auf Basis ihrer Expertise für die Beteiligung junger Menschen setzen wir uns für die Selbstorganisation junger Menschen ein. Demnach sollte für uns eine heterogene Landschaft der durch junge Menschen initiierten und getragenen Jugendbeteiligungsformate, -angebote, -strukturen und -organisationen – wie etwa Jugendparlamente – das Ergebnis entsprechender Selbstorganisationsprozesse sein. Es ist nicht Aufgabe von Politik und Verwaltung, zu entscheiden, was gute Jugendbeteiligung ist und welche Strukturen entstehen oder erhalten werden sollen. Junge Menschen alleine entscheiden, wo sie sich engagieren, wo sie ihre Interessen einbringen und welche weiteren Formate sie gründen oder einfordern. Es ist jedoch Aufgabe und Pflicht von Politik und Verwaltung, das von jungen Menschen gewollte Miteinander zu unterstützen und zu fördern. Die Interessenvertretung junger Menschen durch Jugendringe und Jugendverbände ist selbstorganisiert, etabliert und existiert, weil junge Menschen dies wollen und sich entsprechend engagieren. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten. Daher sind Jugendverbände und -ringe durch Politik und Verwaltung zwingend in die Entscheidungsfindungen bei allen Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, einzubeziehen.

Kinderrechte

Wir haben uns in den vergangenen Jahren intensiv dafür eingesetzt, dass eine umfassende und wirkungsvolle Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz gelingt. Mit Bezug auf unsere Beschlusslage zu Kinderrechten ins Grundgesetz kommen wir mit Politik und Verwaltung ins Gespräch. In der vergangenen Legislatur ist es nicht gelungen, die Kinderrechte umfassend im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist das Vorhaben erneut aufgenommen. Wir haben uns mit Vertreter*innen aus unseren Mitgliedsorganisationen darüber ausgetauscht, wie wir uns auch weiterhin in die Debatte einbringen können. Für uns steht fest, dass der letzte Vorschlag zur Gesetzesänderung nicht ausreicht. Ein neuer Gesetzestext darf nicht hinter die Regelungen der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) zurückfallen.

Die Umsetzung der Kinderrechte hängt nicht nur von der Verankerung im Grundgesetz ab, sondern muss unabhängig davon und mit Blick auf die geltenden Bestimmungen der UN-KRK in Deutschland weiter vorangebracht werden. Daher engagieren sich viele unserer Mitgliedsorganisationen in der National Coalition (NC). Die dort aktiven Organisationen und Initiativen haben zusammen das Ziel, die UN-KRK bekannter zu machen und weiter zu entwickeln sowie deren Umsetzung in Deutschland zu fördern. Wir vernetzen dabei die Jugendverbände in der NC untereinander und unterstützen die Jugendverbandsvertreter*innen im erweiterten Vorstand der NC.

Demokratiefördergesetz als Ergänzung bewährter Instrumente

Ziel des geplanten Demokratiefördergesetzes (DFG) ist es laut Bundesregierung, Projekte zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention verlässlich und bedarfsorientiert fördern zu können. So sollen Projekte und Initiativen für ihre wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit mehr Planungssicherheit erhalten. Bisher hat der Bund im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention keine gesetzliche Grundlage.

Als Bundesjugendring haben wir in unserer Stellungnahme zum Diskussionspapier betont, dass das DFG vor allem eine ergänzende und vervollständigende Funktion in der Reihe bereits vorhandener und oft bewährter Instrumente des Bundes einnehmen muss. Die Förderung von „Demokratie, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention“ darf zukünftig nicht nur auf das DFG reduziert werden.

Wesentliche Aufgabe des DFG sollte es sein, über Jahre gewachsene Organisationsstrukturen und Aktivitäten in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention aus befristeten Projektkontexten herauszulösen.

⁴⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/jugendparlamente-als-ein-format-der-kommunalen-jugendbeteiligung>

Die Eigenständigkeit des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) muss dabei weiterhin gewährleistet sein. Außerdem muss die Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips als unabhängiger, starker Partner von Politik und Verwaltung gesehen werden und nicht als Dienstleister staatlicher Vorgaben. Vor allem darf politische Bildung nicht als „Brandlöscher“ betrachtet werden, etwa wenn im Zuge rechtsextremistischer Übergriffe der Ruf nach schnellen Interventionen laut wird.

Im Beteiligungsverfahren zum Demokratiefördergesetz (DFG) sind auf einer Fachkonferenz Impulse und Forderungen der Zivilgesellschaft diskutiert worden, der Bundesjugendring war vertreten. Wir erwarten, dass der Beteiligungsprozess insbesondere im Gesetzgebungsverfahren fortgesetzt wird und unsere Forderungen im Referent*innenentwurf, der für Ende des Jahres geplant ist, Berücksichtigung finden.

Kinder- und Jugendarmut endlich effektiv bekämpfen!

Junge Menschen stehen vor zentralen Herausforderungen des Aufwachsens und Erwachsenwerdens in Deutschland. Entscheidend für die Bewältigung dieser Herausforderungen sind die eigene Bildungsbiographie und die sozio-ökonomische Herkunft. Beides ist miteinander verknüpft. In Deutschland als junger Mensch aus der Armut beziehungsweise Armutsgefährdung zu kommen, hängt maßgeblich davon ab, welcher Bildungsweg ermöglicht wird und wie man als junger Mensch erfolgreich ins Berufsleben einsteigen kann. Wachsen junge Menschen bereits in Armut auf, so wirkt sich dies nicht nur auf den Übergang in den Beruf aus. Auch die Möglichkeit, die Welt zu erkunden, verschiedene Wege zu gehen und an Freizeitaktivitäten teilzunehmen, wird eingegrenzt. Gerade in der Übergangsphase zum Erwachsenwerden müssen von Armut betroffene junge Menschen schnell eigenes Geld verdienen und ins Berufsleben einsteigen. Genügend Zeit und Geld für eine längere Ausbildung, ein Auslandsjahr oder ehrenamtliche Aktivitäten bleiben oftmals nicht.

Junge Menschen gehören in Deutschland nicht erst seit der Corona-Pandemie zu der Bevölkerungsgruppe, die überproportional stark von Armut betroffen ist. In der Altersgruppe bis 25 Jahre ist jede vierte Person von Armut oder Armutsgefahr betroffen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass in politischen Entscheidungen die Lage von jungen Menschen stärker berücksichtigt wird. Die geplante Einführung der Kindergrundsicherung ist hierfür ein erster Schritt, um gegen Armut und Armutsgefahr von jungen Menschen und ihren Familien vorzugehen. Dabei ist uns besonders wichtig, die speziellen Herausforderungen von Jugendarmut in den Blick zu nehmen. Wir verfolgen das Ziel, im fachlichen und gesellschaftlichen Diskurs zu Armut, Jugendarmut als ein besonderes Phänomen mit besonderen Ursachen, Folgen und Maßnahmen zu betrachten. Zusammen mit dem Bündnis Kindergrundsicherung haben wir uns auf den Weg gemacht, uns mit der Lebensphase von jungen Menschen zwischen Ausbildung und Verselbstständigung intensiver zu beschäftigen. Dabei ging es um die Frage, wie eine Existenzsicherung von jungen Menschen bis zum berufsqualifizierenden Abschluss ermöglicht werden kann.

Zur Verselbstständigung gehört auch, dass junge Menschen nicht nur einen Beruf erlernen bzw. ausüben, sondern auch aus ihrem Elternhaus ausziehen und die eigenen vier Wände beziehen. Die Kosten für Wohnraum sind in den letzten Jahren massiv gestiegen: Aus Sicht des Bundesjugendrings können daher die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, eine Mietpreisbremse sowie Sozialer Wohnungsbau entscheidende Stellschrauben sein, um die Wohnungsnot von jungen Menschen zu verhindern.

Aus der nationalen Armutskonferenz (nak) heraus hat sich der Ratschlag Kinderarmut gebildet. Er ist ein loses Kooperationsbündnis aus über 30 Organisationen, Verbänden, Parteien und Stiftungen, die sich in regelmäßigen Abständen zum Thema Kinderarmut austauschen. Als Mitglied in der nak haben wir uns im Ratschlag Kinderarmut engagiert und sitzen im Koordinierungskreis. Wir unterstützen die im Ratschlag erarbeitete Position für ein gutes Aufwachsen von allen Kindern und Jugendlichen und setzen uns insbesondere für die Bekämpfung von Jugendarmut im Ratschlag ein.

Aktuelle Debatten mit Bezug zu Jugendarmut finden sich insbesondere auch bei der Reform des BAföGs wieder. In Deutschland ist es weiterhin so, dass man sich ein Studium leisten können muss. Der letzte Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat gezeigt, dass Studierende überproportional zur Gesamtbevölkerung von Armut betroffen sind und dass das BAföG dieses Problem keineswegs löst. Der Wegfall

von klassischen Studijobs in der Pandemie hat viele Studierende vor existentielle Probleme gestellt. Die zögerlichen Notfallregelungen im BAföG zur Verlängerung der Förderdauer haben bei weitem nicht die Schwierigkeiten abgedeckt, die sich aus der digitalen Lehre ergeben haben. Die letzte Novelle des BAföG kann aus unserer Sicht nur als ein erster Schritt gesehen werden.⁴⁵ Wir fordern von der Bundesregierung vor allem ein Umdenken in der Förderungshöchstdauer. Hier muss endlich auch ein Ehrenamt in Jugendverbänden und nicht nur in Gremien der Hochschulen anrechenbar sein. Und zudem fordern wir eine Kehrtwende in der Bezuschussung: Das BAföG muss endlich wieder zu einem Vollzuschuss werden. Es kann nicht sein, dass der Darlehensanteil junge Menschen davon abhält, BAföG zu beantragen, da sie fürchten, auch nach ihrem Studium weiter in Armut leben zu müssen.

Um Jugendarmut effektiv zu bekämpfen, fordern wir auch die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, die nicht nur allen jungen Menschen die Möglichkeit zu einer guten Berufsausbildung eröffnet, sondern auch die auszubildenden Betriebe finanziell entlastet. Denn im europäischen Vergleich sehen wir, dass nur der Zugang zu einer guten Berufsausbildung junge Menschen vor Armut schützen kann.

Wahlalter senken, elementare Rechte einräumen

Die Diskussion um eine Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, die im kommunalen Bereich weitgehend vollzogen wurde und in mehr und mehr Bundesländern umgesetzt wird, hat durch den aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene einen neuen, wichtigen Impuls erhalten. Die jüngste Wahlaltersenkung in Baden-Württemberg wurde mit Stimmen der schwarz-grünen Koalition sowie der SPD erreicht. Die rot-rote Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern (MV) hat den Entwurf für ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Wählen mit 16 soll spätestens ab der nächsten Landtagswahl in MV im Frühjahr 2026 möglich sein, der Landtag soll bis Ende des Jahres darüber entscheiden. Auch in Berlin sollen Jugendliche künftig schon ab 16 Jahren über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses mitbestimmen dürfen. Rot-Grün-Rot und die Berliner FDP wollen das Wahlalter noch in diesem Jahr entsprechend absenken. Auch in Nordrhein-Westfalen wollen die Koalitionäre das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

Für die laufende Legislaturperiode im Bund wird ein Senken des Wahlalters sowohl für die Wahlen zum Europäischen Parlament als auch zum Deutschen Bundestag angestrebt. Wir sind uns mit der Bundesregierung einig: Das aktive Wahlrecht muss jetzt gesenkt werden, damit Jugendliche bereits bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 ihre Stimme abgeben können. Eine Änderung des Wahlalters bei Bundestagswahlen braucht dagegen eine Mehrheit von zwei Dritteln in Bundestag und Bundesrat, die von CDU/CSU noch mehrheitlich abgelehnt wird. Wir rufen alle politischen Verantwortungsträger*innen dazu auf, fast 1,5 Millionen 16- und 17-Jährigen zur nächsten Bundestagswahl ihre grundrechtgleichen Rechte endlich einzuräumen.

Beim Hearing des Deutschen Forschungsinstitutes für öffentliche Verwaltung brachten wir die jugendpolitische Perspektive aktiv mit ein. Zum Hearing wird es eine Broschüre geben, die der Bundesjugendministerin übergeben wird.

Im Rahmen unseres neuen Lobbykonzeptes und der damit verbundenen Aktivitäten bringen wir unsere Forderungen in Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen regelmäßig ein, tauschen uns mit Wissenschaftler*innen aus und platzieren öffentlichkeitswirksam unsere Forderung innerhalb von Interviews und Beiträgen in Zeitungen, Radio und Fernsehen.

⁴⁵ <https://www.dbjr.de/artikel/bafoeg-aenderung-kann-nur-erster-schritt-sein>

Wirksame Nachhaltigkeitspolitik mit jungen Menschen gestalten

Als Bundesjugendring haben wir uns 2021 zur Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland positioniert. In unserer Position „Sozial und ökologisch gerecht“⁴⁶ nehmen wir die Agenda 2030 mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) zum Anlass, uns umfassend mit den Entwicklungen der Vergangenheit und der Perspektive für die kommenden Jahre auseinanderzusetzen.

Die nächsten Jahre sind ausschlaggebend dafür, ob die Ziele der Agenda 2030 erreicht werden. Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn die politischen Entscheidungsprozesse ernsthaft an der Agenda ausgerichtet werden. Dabei bietet sich jetzt die große Chance, dass Investitionspakete in und nach der Pandemie konsequent unter Nachhaltigkeits-Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Die Bundesregierung muss sich daher in ihrer öffentlichen Präsenz stärker dazu verpflichten, die Umsetzung der SDGs in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda zu setzen. Einen konsequenten politischen Wandel für eine lebenswerte Zukunft der nachfolgenden Generationen fordern wir zusammen mit vielen Jugendverbänden und -ringen schon lange.

Klimapolitik mit jungen Menschen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung angesichts der fortschreitenden Klimakrise sofort und umfassend handelt. Nur so kann weltweit unsere Lebensgrundlage und die grundgesetzlich zugesicherte Freiheit insbesondere junger und zukünftiger Generationen gewährleistet werden. Wir machen stets deutlich, dass bei der politischen Umsetzung zur Erreichung der Klimaneutralität in den 2030er Jahren junge Menschen entsprechend beteiligt werden müssen. Die neue Bundesregierung hat sich dazu

entschieden, ihre klimapolitischen Vorhaben auf unterschiedliche Ressorts auszuweiten. Wir begrüßen diesen Schritt, haben aber Sorge, dass damit die Beteiligung von jungen Menschen an klimapolitischen Prozessen wegfällt. Dazu und zu anderen Themen haben wir mit dem parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Chris Kühn, gesprochen. Wir stehen außerdem im Austausch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und dem Auswärtigen Amt. Unser Anliegen ist unter anderem, dass Jugendbeteiligungsformate gestärkt und fortgeführt werden. Auch für die Fortführung von Dialogformaten wie der Jugendbank im Aktionsbündnis Klimaschutz bringen wir unsere Ideen ein.

Zusammen mit dem Deutschen Naturschutzring haben wir uns gegen ein Revival der Hochrisikotechnologie Atomkraft positioniert.



Jugendbeteiligung mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung

Die ehemalige Bundesjugendring-Vorsitzende Lisi Maier ist als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) noch bis Ende 2022 die direkte Vertreterin für die Interessen von jungen Menschen mit fester Stimme im Rat. Als Bundesjugendring fordern wir, dass wir auch in der kommenden Ratsperiode die Interessen junger Menschen im Rat vertreten können. Im vergangenen Jahr haben wir geschaut, wie die

⁴⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/sozial-und-oekologisch-gerecht>

Anliegen von jungen Menschen bei den inhaltlichen Schwerpunkten im RNE weiter gestärkt werden können. Neben dem regelmäßigen fachlichen Austausch haben wir einen Fokus auf die Jugendbeteiligung im Rahmen der Jahreskonferenz des RNE gesetzt. Hierfür haben wir gemeinsam mit dem RNE ein Projekt gestartet, um die Jugendbeteiligung im Feld der Nachhaltigen Entwicklung zu stärken.

Der RNE berät die Bundesregierung seit 2001 bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Außerdem trägt der Rat das Thema Nachhaltigkeit in Gesellschaft und Öffentlichkeit hinein.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Wir sind an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beteiligt und in der Nationalen Plattform vertreten, die wichtige Entscheidungen zum NAP BNE trifft. Die inhaltliche Arbeit zum NAP BNE wird im Rahmen des Prozesses von Fachforen vorgebracht. Wir und einige unserer Mitgliedsorganisationen sind insbesondere im Forum Informelles und non-formales Lernen/Jugend engagiert. Mit anderen Organisationen, die im BNE Prozess Interessen von jungen Menschen vertreten, sind wir regelmäßig im Austausch, um uns inhaltlich abzustimmen und den BNE-Prozess gemeinsam voranzubringen. Wir haben uns darüber hinaus auf den Weg gemacht, zusammen mit dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und dem Bündnis Zukunftsbildung einen Schattenbericht zum Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung von BNE zu verfassen.

Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung

Die Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung, vertreten durch Franka Bernreiter und Fabian Gacon, setzen sich für eine starke Jugendbeteiligung im nationalen und internationalen Kontext bei Diskussionen und Entscheidungen zu Themen der Nachhaltigen Entwicklung ein. Sie streiten insbesondere für die Interessen junger Menschen auf Ebene der Vereinten Nationen und wirken bei den Beratungen des High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) mit. Zur Finanzierung der Tätigkeit arbeiten wir eng und gut mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zusammen. Nach der pandemiebedingten Pause sind die Jugenddelegierten 2022 wieder auf internationalen Konferenzen aktiv gewesen, unter anderem auf dem HLPF 2022 in New York City sowie auf dem United Nations Environment Assembly in Nairobi.

Im Kontext ihrer Arbeit sind die Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung auf vielen Veranstaltungen in Deutschland als Stimme der Jugend präsent und stellen die SDGs sowie ihre Arbeit und Erfahrung bei verschiedenen Institutionen und bei den Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings vor. Außerdem findet ein immer stärkerer Austausch mit jungen Menschen sowie anderen Jugenddelegierten auf europäischer Ebene statt.⁴⁷

Mobilität von jungen Menschen fördern

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Inklusion, Selbstbestimmung, Emanzipation und Partizipation aller jungen Menschen. Die Möglichkeit, sich eigenständig fortbewegen zu können und dabei über Anlass, Ort, Zeit und Verkehrsmittel selbst zu entscheiden, ist sowohl ein wichtiger Entwicklungsschritt als auch die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Insbesondere junge Menschen sind auf einen guten und günstigen öffentlichen Nahverkehr angewiesen, um ihre Freiheitsrechte wahrnehmen und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Auf Initiative der Jugendverbände haben wir uns einem breiten Bündnis angeschlossen, welches die Fortsetzung des 9-Euro-Tickets zusammen mit massiven Investitionen in Ausbau und Personal fordert.

⁴⁷ <https://jugenddelegierte.dbjr.de>

Politische Bildung als Grundpfeiler offener Gesellschaften

Jugendverbände und Jugendringe nehmen aktuelle politische Entwicklungen mit großer Sorge und keinesfalls teilnahmslos zur Kenntnis: Rassistische, antisemitische und genderfeindliche Übergriffe, antidemokratische Demonstrationen und entsprechende politische Aktivitäten nehmen in Deutschland, Europa und weltweit massiv zu. Es droht ein gesellschaftliches Klima, das von Intoleranz, Ausgrenzung, Autorität und Demokratiefeindlichkeit geprägt ist. Das schadet dem demokratischen Miteinander in der Gesellschaft erheblich.

Entscheidend für eine stabile demokratische Gesellschaft sind Beteiligungsmöglichkeiten. Die Kinderrechte der Vereinten Nationen reklamieren für Kinder und Jugendliche neben dem Recht auf Schutz auch das Recht auf Förderung und Teilhabe. Und Teilhabe meint an dieser Stelle explizit Jugendbeteiligung und politische Mitwirkung. Politische Bildung stärkt die Demokratie in unserem Land, greift aktuelle Sorgen und Anliegen junger Menschen zu überlappenden Krisenphänomenen in ihren Angeboten auf und macht sie mit Formaten, didaktischen Ansätzen und Materialien zu Themen politischer Bildung. Politische Bildung unterstützt Jugendliche dabei, Ideen für die Zukunft zu entwickeln und ihre Standpunkte und Interessen demokratisch zu vertreten.

Die Denkfabrik „Gemeinsam für eine lebendige Demokratie“ veranstaltet von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war Gelegenheit zum Austausch von Zivilgesellschaft und Entscheidungsträger*innen, um Förderinstrumente wie das Demokratiefördergesetz künftig besser zu gestalten. Wir verantworteten in der Denkfabrik „Gemeinsam für eine lebendige Demokratie“ eine Austauschrunde zu Demokratieförderung, politischer Bildung und Partizipation in Krisenzeiten. Mit den Teilnehmenden wurde der Blick auf die Nachwirkungen der Pandemie und die damit verbundenen Lehren gerichtet.

Im Bereich der Netzwerkarbeit sind wir seit Gründung Mitglied im Bundesausschuss Politische Bildung e. V. (bap) und dort auch im Vorstand vertreten. Hier verantworten wir die AG Grundsatz, das Journal politische Bildung mit und sind zudem Teil der Jury für den Preis politische Bildung 2022. Als Mitglied der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI) wirkten wir aktiv an zwei Stellungnahmen mit: Zum einen „Wir nehmen den Koalitionsvertrag ernst!“. Kern der Forderung ist eine bedarfsgerechte Ausstattung und ein Ausbau der politischen Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan. Zum anderen „Über Krieg sprechen – Die politische Jugendbildung unterstützt Jugendliche und junge Geflüchtete mit Orientierungswissen und stärkt die Handlungsfähigkeit“. Darin weist wir auf den Beitrag und die Aufgaben der politischen Jugendbildung im Umgang mit dem Krieg gegen die Ukraine hin. Die Träger sehen es als ihre vornehmste Aufgabe an, hier mit ihren Angeboten der außerschulischen Bildung anzusetzen und Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, Räume für ihre Fragen, Unsicherheiten und Anliegen zu schaffen und eine vertiefte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Geschehen zu begleiten.

Kinder- und Jugendwahl U18 wächst stetig

Seit Januar 2020 ist die Initiative zur politischen Bildung stetiger Teil der Arbeit im Referat Nationale Jugendpolitik und Grundlagen beim Bundesjugendring. Begleitet wird U18 inhaltlich sowohl von einem Beirat unter der Leitung des Deutschen Kinderhilfswerk e. V. (DKHW) als auch durch den Kreis der Landeskoordinierenden, der regelmäßig tagt und berät.

U18 ist eine der größten Initiativen politischer Jugendbildung in Deutschland. Die Website u18.org startete mit einem Relaunch in das Wahljahr 2022. In einem Video wurden zudem Eindrücke der U18-Bundestagswahl mit sehr hoher Beteiligung gezeigt. Bei der Bundestagswahl 2021 gingen in 2.699 Wahllokalen rund 262.000 Menschen unter 18 Jahren an die Wahlurnen. Das ist Rekord. In einem Case-Study-Video wird sichtbar, was im Rahmen U18 möglich ist und von jungen Menschen umgesetzt wurde. Nach dem Relaunch ist u18.org jetzt noch schicker, noch wilder und noch informativer. In der Toolbox gibt es Sticker, Poster, Wahlordnung, Zoom-Hintergründe, Logos und vieles mehr. Alle Materialien sind unter einer CC0-Lizenz und stehen somit zur freien Verfügung. Im Magazin gibt es Material, Links, Videos, Methoden

und mehr, damit genug Diskussionsstoff zum Quatschen, Anstoßen, Streiten und Selberdenken vorhanden ist. Auf nahezu jede Frage gibt es in den FAQ Antworten. Hier geht's direkt zur neuen [U18.org](https://www.u18.org).

Die nächsten U18-Wahlen nach der Bundestagswahl waren im März 2022 vor der Landtagswahl im Saarland. Im Mai folgten in den Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Wahlen zum Landtag, in Niedersachsen wird im Oktober 2022 das Landesparlament gewählt. In NRW konnten in mehr als 160 Kommunen und über 500 Wahllokalen Kinder und Jugendliche im Rahmen der U18-Landtagswahl entscheiden, welchen Parteien und Kandidat*innen sie ihre Stimme geben. In ganz NRW beteiligten sich fast 45.000 junge Wähler*innen an der U18-Landtagswahl 2022. 2017 waren es noch 35.000 Kinder und Jugendliche in NRW. Unser Dank gilt den Landeskoordinierungsstellen sowie den vielen Engagierten vor Ort.

Im Rahmen unseres Lobbykonzeptes und der damit verbundenen Aktivitäten bringen wir unsere Forderungen in Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen regelmäßig ein. Dabei bleibt es Thema, dass U18 in der bestehenden Form (auch) auf Bundesebene an seine Kapazitätsgrenzen gekommen ist. Eine Analyse über die Weiterentwicklung des Konzeptes unter Berücksichtigung der Ressourcenfrage erfolgt laufend mit den unterschiedlichen Projektpartner*innen.

Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam begegnen

Das im Mai 2021 beschlossene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und damit die umfassende Novelle des SGB VIII ist in den meisten Punkten inzwischen in Kraft getreten. Ausnahme ist nur die vollumfängliche Umsetzung der inklusiven Lösung, die noch weiterer Schritte des Gesetzgebers bedarf.⁴⁸ Die wichtigsten Informationen zum KJSG haben wir für die Mitgliedsorganisationen zusammengefasst. Aktuell begleiten wir die Umsetzung.

Im September 2021 wurde das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG) beschlossen und damit die stufenweise Einführung eines entsprechenden Rechtsanspruches. Wir begrüßen das Vorhaben inhaltlich, kritisieren aber, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht im Mittelpunkt stehen, sondern stattdessen Vereinbarkeitsfragen oder Arbeitgeber*inneninteressen. Auch fordern wir Regelungen zur Qualitätssicherung. Die Einführung wird deutliche Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit haben. Aus diesem Anlass haben wir eine gemeinsame Position mit der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), dem Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) und der Deutschen Sportjugend (dsj) veröffentlicht mit der klaren Botschaft: Nur mit außerschulischer Expertise wird Ganztagsbildung gelingen!⁴⁹

Im Juni 2022 legte die Bundesregierung einen Referent*innen-Entwurf für ein Gesetz zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe vor, der die Kostenheranziehung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, aufhebt. Damit könnten junge Menschen vollständig über das Einkommen, das sie erzielen, verfügen. Wir nutzten die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und das Vorhaben ausdrücklich zu begrüßen.⁵⁰

Die Herausforderungen für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe, zu der auch wir Jugendverbände und -ringe gehören, sind enorm und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Partner*innen wird immer wichtiger. Neben der Zusammenarbeit und der Vernetzung mit allen Mitgliedsorganisationen, etwa bei Gremiensitzungen und über den Versand an die Mitgliedsorganisationen, spielt hier die intensive Zusammenarbeit mit den Landesjugendringen und den kommunalen Jugendringen eine wichtige Rolle. Daher sind wir u. a. regelmäßig auf der Konferenz der Landesjugendring und der Konferenz der Großstadtjugendringe sowie bei anderen Vernetzungstreffen zu Gast.

⁴⁸ www.dbjr.de/artikel/informationen-zum-kinder-und-jugendstaerkungsgesetz

⁴⁹ <https://www.dbjr.de/artikel/nur-mit-ausserschulischer-expertise-wird-ganztagsbildung-gelingen>

⁵⁰ www.dbjr.de/artikel/zum-referentinnenentwurf-eines-gesetzes-zur-abschaffung-der-kostenheranziehung-in-der-kinder-und-jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendarbeit ist für uns das wichtigste Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Sie soll jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung stellen. Trotzdem wird die Kinder- und Jugendarbeit oft als nachrangig behandelt, weil – anders als in anderen Handlungsfeldern – der einzelne junge Mensch keinen individuellen und einklagbaren Rechtsanspruch hat. Deshalb machen wir uns für eine wirksamere Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Felder der Kinder- und Jugendarbeit und ihrer Organisationen stark und sind dazu weiterhin Teil des Bundesnetzwerks Kinder- und Jugendarbeit, das wir mitgegründet haben. Das Netzwerk soll Kinder- und Jugendarbeit auf Bundesebene stärken, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis verbessern sowie mehr Forschung über Kinder- und Jugendarbeit anregen. Nächstes großes Ziel ist der vierte Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit im Herbst 2024.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ als das Forum und Netzwerk bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Deutschland, gehört für uns zu den langjährigsten und wichtigsten Partner*innen. Ziel der Zusammenarbeit mit und in der AGJ ist die jugend- und fachpolitische Kommunikation und Kooperation. Von den gut 100 Mitgliedern der AGJ gehören 35 zur Mitgliedergruppe „Bundeszentrale Jugendverbände und Landesjugendringe“. Als Bundesjugendring sind wir selbst nicht Mitglied der AGJ, nehmen aber die Federführung der Mitgliedergruppe wahr und unterstützen und beraten ihre Vertreter*innen in den Gremien der AGJ.

Konzepte zur Prävention sexualisierter Gewalt unverzichtbar in der Jugendarbeit

Der Schutz von jungen Menschen vor sexualisierter Gewalt ist und bleibt ein unverzichtbares Element unseres Selbstverständnisses als Jugendverbände und -ringe. Wir stärken junge Menschen, damit sie ihre eigenen Grenzen und Grenzverletzungen erkennen und klar benennen können. Ein umfassender Ansatz präventiver Arbeit gegen sexualisierte Gewalt bedeutet für uns aber vor allem, in unseren eigenen Strukturen und in unseren Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit Schutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig setzen wir uns fachlich und politisch dafür ein, dass dies auch in allen anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der gesamten Kinder- und Jugendhilfe und darüber hinaus geschieht.

Eine wichtige Partnerin ist für uns die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Koalition eine Aufwertung der Stelle inklusive Berichtspflicht im Deutschen Bundestag plant. Für Oktober 2022 ist ein erstes Gespräch zum Kennenlernen und zum gegenseitigen Austausch mit Kerstin Claus geplant, die im März 2022 neu in das Amt berufen wurde. In dem von ihr und der Bundesjugendministerin geleiteten Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen arbeiten wir in der AG Schutz mit.

Einer der Kernpunkte der Gemeinsamen Verständigung des Nationalen Rates lautet: Schutzkonzepte sind für Einrichtungen und Organisationen, die Kinder und Jugendliche betreuen, zentral, um sie vor sexueller Gewalt zu schützen und Aufdeckung von Gewalttaten zu fördern. Dies bestärkt unsere Forderung eine Fachstelle beim Bundesjugendring aufzubauen, um geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zu implementieren und weiterzuentwickeln.

Zur Stärkung der Vernetzung und fachlichen Weiterentwicklung sind wir in mehreren Beiräten und Gremien aktiv, u. a. im Beirat des Projektes Echolot des Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e. V. (BdP) und im Beirat des Projektes „Schutzkonzepte in der ehrenamtlichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ der Universität Ulm.

Für eine vielfältige Gesellschaft

Inklusion von und mit jungen Menschen mit Behinderung

Als Bundesjugendring wurden wir für die aktuelle Legislaturperiode erneut in den Inklusionsbeirat berufen und vertreten dort die Bedarfe junger Menschen. In seiner ersten Sitzung haben die Mitglieder des Inklusionsbeirates eine Vielzahl an Ideen für die Handlungsschwerpunkte gesammelt, die sie in der laufenden Legislaturperiode bearbeiten möchten. Dazu zählen Barrierefreiheit, Familie, Mobilität, Digitalisierung, Wohnen, Schutz vor Gewalt, Gesundheit und Arbeitsmarkt.

Der Inklusionsbeirat stellt das zentrale Gremium der Staatlichen Koordinierungsstelle nach Artikel 33 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) dar. Mitglieder des Inklusionsbeirates sind bundesweit agierende Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen, sie repräsentieren einen Großteil der verschiedenen Arten von Behinderungen. Gemeinsam soll die nationale Umsetzung der UN-BRK politisch begleitet werden

Mit Blick auf die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderung ist für uns insbesondere die sogenannte inklusive Lösung in der Kinder- und Jugendhilfe ein wesentlicher Aspekt (siehe dazu auch Abschnitt zu Kinder- und Jugendhilfe).

Gemeinsam mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe haben wir die Publikation „Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit – Selbstbestimmung stärken und die Teilhabe aller ermöglichen“ herausgegeben. Die Broschüre zeigt Anforderungen einer inklusiven Kinder und Jugendarbeit auf und stellt GoodPractice-Beispiele, Literaturhinweise sowie Finanzierungsmöglichkeiten vor. Wir möchten mit der Kooperation Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe sowie Akteur*innen der Kinder und Jugendarbeit eine Orientierungshilfe geben, wie sie aufeinander zugehen und gemeinsam eine inklusive Kinder und Jugendarbeit entwickeln können. Die Broschüre beinhaltet die Ergebnisse des 2019 gemeinsam durchgeführten Fachtages „Gemeinsam inklusiv denken – Behindertenhilfe trifft Kinder- und Jugendarbeit“.

Uns ist es außerdem ein wichtiges Anliegen, dass sich die Strukturen der Jugendverbandsarbeit für Jugendorganisationen mit Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung öffnen. Wir freuen uns daher sehr, dass die Deutsche Gehörlosenjugend seit Herbst 2022 als Anschlussmitglied im Bundesjugendring aufgenommen wurde.

Diskriminierungskritische Jugendverbandsarbeit

Die Teilhabe von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte in der Jugendverbandsarbeit ist seit über 40 Jahren ein wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung der Jugendverbände und -ringe in Deutschland. Unter dem Begriff der „Interkulturellen Öffnung“ wurde sich mit einer diversitätsbewussten und rassistismuskritischen Öffnung der bestehenden Jugendverbandsstrukturen auseinandergesetzt und gleichzeitig ein Prozess begleitet, der Vereine von jungen Menschen mit Migrationsgeschichten (VJM) bzw. Migrant*innen-Jugend selbstorganisationen (MJSO) dabei bestärkt, strukturell in der Jugendverbandslandschaft anzukommen. Vor diesem Hintergrund hat sich 2021 ein runder Tisch gegründet, der sich mit einer diskriminierungskritischen Jugendverbandsarbeit auseinandersetzt. Auf seiner ersten Tagung in 2022 hat der Runde Tisch für sich entschieden, den Begriff „Interkulturelle Öffnung“ abzulegen, da dieser die inhaltlichen Debatten in den Jugendverbandsstrukturen nicht mehr widerspiegelt. Die Teilnehmer*innen des Runden Tisches beschäftigen sich mit fachpolitischen Fragestellungen zum Themenschwerpunkt.

Darüber hinaus begleiten wir das Thema im Netzwerk Interkulturelle Jugendarbeit und -forschung (NiJaF), welches von uns in Zusammenarbeit mit IDA e. V., der Sportjugend und Vertreter*innen der Wissenschaft organisiert und zweimal im Jahr durchgeführt wird. Außerdem treffen wir uns mit den zuständigen Referent*innen der Landesjugendringe in der AG Interkulturelle Öffnung, um uns über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Diskriminierung von Kindern aus Regenbogenfamilien abschaffen

Kindern, die in Regenbogenfamilien geboren werden, sollten zwei Elternteile haben können, die – auch im rechtlichen Sinne – für das Kind sorgen, es lieben und es in jeglicher Hinsicht unterstützen können. Wir fordern die gleichen Rechte für alle Kinder – auch für Kinder aus Regenbogenfamilien – und damit eine Änderung des Abstammungsrechts. Unter Regenbogenfamilie verstehen wir Familien, in denen mindestens ein Elternteil nicht cisgeschlechtlich lebt oder heterosexuell liebt, für die also die Formel „Vater, Mutter, Kind“ im Allgemeinen zu kurz greift.⁵¹

Souveränität und Beteiligung in der Medien- und Digitalpolitik

Mit Gesetzen und Regeln für digitale Kommunikation, für soziale Netzwerke und digitale sowie lineare Medienangebote greifen Regierungen und Parlamente in Bundesländern, im Bund und in Europa derzeit stark in das Handeln der Anbieter*innen und Nutzer*innen ein. Im Ausgleich der Interessen sind junge Menschen selten im Blick. Deren Souveränität, Kreativität und Schutzanspruch sowie deren Beteiligung versuchte der Bundesjugendring im Themenfeld Medien- und Digitalpolitik zu betonen. Die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden dazu laufend bewertet und zugleich Impulse, Werkzeuge und Forderungen für die Praxis digitaler Jugendarbeit entwickelt.

Die Digitalisierung bleibt ein Transformationsprozess mit großen Auswirkungen auf das demokratische und soziale Miteinander in der Gesellschaft, auf die Ökonomie und die Ökologie. Der Bundesjugendring beobachtet die Entwicklung, vernetzt sich mit anderen Akteuren aus der Digitalpolitik und nimmt Stellung im Interesse der Jugend. In der EU wurden beispielsweise mit dem Digital Market Act (DMA) und dem Digital Services Act (DSA) Regeln geschaffen, die Rechte von Verbraucher*innen stärken und Pflichten für Anbieter*innen festlegen. Die Richtung in DMA und DSA stimmt und deckt sich mit Forderungen des Bundesjugendrings nach hoher Datensouveränität und Transparenz, nach mehr gesellschaftlicher Kontrolle, Vielfalt und Schutz vor Eingriffen in persönliche Entwicklung sowie Privatsphäre. Kritisch begleitet der Bundesjugendring das Vorhaben in der EU, die massenhafte Auswertung private Chatnachrichten voranzutreiben, um Täter*innen aufzuspüren, die sexualisierte Gewalt an Kindern ausüben.

Mit dem Schutz-Argument für junge Menschen in digitalen und medialen Räumen versucht Politik permanent, Kontrolle und Überwachung dieser Räume auszuweiten. Bei der Weiterentwicklung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) zum Beispiel sollen künftig Betriebssysteme derart gestaltet sein, dass Erwachsene für Kinder und Jugendliche ohne Aufwand Sperren aktivieren können. Voraussetzung dafür sind digitale Kennzeichen und der Einsatz automatisierter Filter. Abgesehen davon, dass Selbstbestimmung und Emanzipation junger Menschen missachtet werden: Technische Lösungen bergen große Risiken für die digitale Souveränität. Entsprechend hat der Bundesjugendring kritisch Stellung bezogen.

Das Jugendschutzgesetz des Bundes zeigt, dass Schutz durch Beteiligung und Förderung junger Menschen möglich ist. Der Bundesjugendring arbeitet im neu geschaffenen Beirat der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz (BzKJ) mit. Er begleitet parallel gemeinsam mit der BzKJ zwei jugendliche Mitglieder des Beirates und deren Stellvertretungen. Das Gremium gibt über die Bundeszentrale dem Gesetzgeber und der Gesellschaft wichtige Impulse zur Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes. Ergänzt wird diese Beratung durch die Mitwirkung des Bundesjugendrings in der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien als Teil der BzKJ.

Über konkrete Beteiligung an Regulierungen sowie Diskursen über Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung hinweg ist dem Bundesjugendring die digitale Teilhabe wichtig. Das Thema setzte der Vorstand zum Beispiel im Gespräch mit der Vorsitzenden des Digitalausschusses des Bundestages zu Ausbau der Netze, zum Bereitstellen freier Internetzugänge sowie zur Finanzierung digitaler Infrastruktur und digitalen Kompetenzen im Bereich der Jugendarbeit. Mit Forderungen wie dem Digitalpakt Jugend geht der Bundesjugendring auf Mandatsträger*innen zu.

⁵¹ <https://www.dbjr.de/artikel/diskriminierung-von-kindern-aus-regenbogenfamilien-abschaffen>

Zuletzt wird der Anspruch durch das eigene Angebot barrierearmer und datensparsamer Werkzeuge wie yopad.eu, Jitsi oder dem Einsatz sowie der Weiterentwicklung der Nextcloud erfüllt.

Zur Teilhabe zählt, dass qualitativ gute und faktenbasierte Informationen bereitstehen – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Eine starke und lebendige Demokratie braucht Quellen, die durch unabhängigen Journalismus oder durch transparente Verfahren nach hohen Standards bereitgestellt werden. Demokratie braucht Medien, die Vielfalt spiegeln und alle Bevölkerungsgruppen abbilden. Der durch Beiträge finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk kann diesen Anspruch erfüllen. Auftrag, Finanzierung und Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Medien werden laufend in Staatsverträgen angepasst. Der Bundesjugendring beteiligt sich mit Stellungnahmen an diesen Prozessen und erwartet im Interesse junger Menschen und im Interesse einer starken Demokratie, dass Auftrag und Rolle gestärkt werden. Und dass Jugend in den Kontrollgremien sichtbar und hörbar wird. Während in den Rundfunkräten der ARD und des Deutschlandradios Vertreter*innen für Jugend aus den Ländern mitwirken, fehlt im ZDF-Fernsehrat die Jugend. Als Vorstand sind wir aktiv, um das künftig zu ändern. Weil Medienregulierung in Deutschland Aufgabe der Länder ist, ist die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Bundesjugendring und Landesjugendringen in diesem politischen Feld wichtig.

Ziel im Themenfeld bleibt, Impulse zur digitalen Jugendarbeit zu setzen, Anregungen aus den Jugendverbänden für digitale Jugendarbeit aufzunehmen sowie Medien- und Digitalpolitik jugendpolitisch zu gestalten.



**POLITISCHE
INTERESSENVERTRETUNG
WEITERENTWICKELN**

Die Vollversammlung 2021 wählte mit Daniela Broda eine neue Vorsitzende, mit Wendelin Haag einen neuen Vorsitzenden. Mit Özge Erdoğan, Lea Herzig, Daniela Hottenbacher, Loreen Schreck und Raoul Taschinski kamen neue stellvertretende Vorstandsmitglieder ins Amt. Langjährige Mitglieder des Vorstandes beendeten ihr Engagement im Vorstand des Bundesjugendrings. Marius Schlageter bekam erneut das Vertrauen der Versammlung im Amt als stellvertretender Vorsitzender.

In der neuen Zusammensetzung blieb dem Vorstand wenig Zeit für die Organisation der Zusammenarbeit und die Planung der Aktivitäten. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen machten keine Pause – im Gegenteil. Mit der Wahl zum neuen Bundestag und dem Start einer Ampel-Koalition nutzte der Vorstand die Chance, den Bundesjugendring bekannt zu machen und Kontakte mit Minister*innen, Staatssekretär*innen und Mitgliedern des Bundestages aufzubauen. Eine hohe Dichte an jugendpolitischen Gesprächen prägte die ersten Monate der Vorstandsarbeit. Ziel war, sich parteiübergreifend politisch zu vernetzen und eine vertrauensvolle Basis für die Zusammenarbeit zu schaffen, Themen der Jugendverbandsarbeit zu platzieren und den Bundesjugendring weiter als zivilgesellschaftlichen Akteur zu stärken. Ein Spiegel für das Gelingen dieser Strategie war der Besuch vieler neuer und junger Abgeordneter zum Parlamentarischen Abend des Bundesjugendrings Ende Mai 2022. Gespräche mit nahezu allen Hausleitungen jugendpolitisch relevanter Ministerien sowie Einladungen zu Anhörungen im Bundestag oder zur Teilnahme an Podien machen den Erfolg ebenso deutlich. Für den Vorstand bleibt das Ansporn, die eigene Legislatur intensiv für nachhaltige Interessenvertretung zu nutzen.

Die Interessenvertretung wird nicht alleine durch den Vorstand gewährleistet. Die Mitgliedsorganisationen im Verbund sind eine starke jugendpolitische Stimme. Anspruch des Vorstandes ist, das Miteinander im Bundesjugendring zu stärken und nach außen sichtbar zu machen. Das gelingt unter anderem mit der Besetzung von Vertreter*innen aus den Jugendverbänden und Landesjugendringen in Gremien, Beiräten, Kuratorien und Mitgliederversammlungen anderer Organisationen. Die Vielfalt der Vertretungsaufgaben wurde in diesem Bericht abgebildet. Er wird künftig dauerhaft auf der Seite des Bundesjugendrings dargestellt und aktualisiert.

Veränderte Themen und Zuständigkeiten im Vorstand bedeuten Zeit zur Einarbeitung und zum Entwickeln von Perspektiven in der Themenvielfalt des Bundesjugendrings. Diese Phase ist weitgehend abgeschlossen. Die Perspektiven für 2023 werden nach der Vollversammlung auf Grundlage der Beschlüsse und Debatten weiterentwickelt.

Über das Justieren der Zusammenarbeit im Vorstandsteam hinaus ist eine gute Basis die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle. Sie ist die Unterstützungsstruktur im Hintergrund.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsführung übernimmt im Auftrag des Vorstandes die organisatorische Steuerung der Geschäftsstelle und die Verantwortung für die Haushaltsmittel, sie flankiert zudem die politische Interessenvertretung des Vorstandes.

Das Team der Geschäftsstelle unterlag 2021 erheblichen personellen, strukturellen und inhaltlichen Veränderungen. Bedingt durch den Personalwechsel auf der Position der Geschäftsführung sowie durch mehrere Personalwechsel in den Bereichen, Referaten und Projekten waren die ersten Monate geprägt durch thematisch-fachliche Einarbeitungsprozesse. Hinzu kamen das Zusammenfinden in den Tandems (Themenzuständige in Vorstand und Geschäftsstelle) sowie Kennlernen und Vertrauensbildung im Team der Geschäftsstelle. Erfolgreich für ein gutes Ankommen und Einarbeiten neuer Mitarbeiter*innen war dabei vor allem die Standardisierung des Einarbeitungsprozesses in den ersten Dienstwochen. Die Weiterarbeit an einem umfassenden Einarbeitungs- und Begleitkonzept von Kolleg*innen im ersten Jahr beim Bundesjugendring wird uns in den kommenden Monaten beschäftigen.

Pandemiebedingt hat die Arbeit und Zusammenarbeit seit Frühjahr 2020 weitgehend im mobilen Arbeiten stattgefunden. Wegen der vielen neuen Kolleg*innen, dem Wunsch nach Begegnung und analogen Austausch über Referats-, Bereichs- und Projektgrenzen hinaus, arbeiten die Kolleg*innen wieder vermehrt in der Geschäftsstelle. Darüber hinaus waren die im Frühjahr angesetzte Geschäftsstellenklausur und auch das vorgezogene Sommerfest für die Stärkung des Teamgefühls förderlich.

Die Geschäftsstelle hat die Koalitionsverhandlungen fachlich durch Hintergrundgespräche des Vorstandes mit politischen Verantwortlichen begleitet. Im vorliegenden Koalitionsvertrag finden sich mehrere zentrale Anliegen des Bundesjugendrings wieder. Einige Passagen sind als Herausforderung zu werten. Der Wechsel in der Regierung und besonders auch im BMFSFJ machte eine strukturierte Neuaufstellung der Interessenvertretung als Basis für das Erreichen unserer jugendpolitischen Ziele unerlässlich. Die Zusammenführung in ein nachhaltiges, legislaturübergreifendes Lobbykonzept bleibt ein Ziel für 2023.

Die Haushaltsverhandlungen begleitete die Geschäftsstelle fachlich und strategisch. Der Vorstand konnte durch Hintergrundpapiere in den Gesprächen auf mehreren Ebenen mit Haushälter*innen, jugendpolitischen Sprecher*innen unterschiedlicher Fraktionen aber auch auf Ebene der Staatssekretär*innen Erfolge verbuchen. Der für das Haushaltsjahr 2022 erreichte Aufwuchs im Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit ist vor dem Hintergrund der andauernden Krisenzeiten als Erfolg zu werten. Ziel bleibt dessen Verstetigung, auch wenn die finanzpolitische Ausgangslage schwierig bleibt [siehe Seite 25].

Bei der Formulierung finanzpolitischer Forderungen hat die Geschäftsstelle die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der Deutschen Sportjugend sowie anderer Zentralstellen ein Forderungspapier für ein Investitionsprogramm für gemeinnützige Übernachtungsstätten und Freizeiteinrichtungen koordiniert, das der Vorstand beschlossen hat. Die Forderungen zielen darauf ab, gemeinnützige Einrichtungen unter geringer Eigenleistung im Rahmen eines langfristig angelegten und großzügig ausgestatteten Fördervolumens unter den Aspekten Klimaschutz/Nachhaltigkeit, Barrierearmut/Inklusion und Digitalisierung zukunftssicher zu machen.

Referate, Bereiche und Projekte

Im Referat Grundlagen und jugendpolitische Themen werden unter anderem die Kinder- und Jugendhilfepolitik mit Fokus Kinder- und Jugendarbeit, Jugendforschung und Jugendreisen bis zu den Rahmenbedingungen für junges Engagement (unter anderem Juleica) begleitet. Die Themen bestimmen die Mitgliedsorganisation über Beschlüsse und Positionen: Beteiligung, politische Bildung, Kindergrundsicherung, Prävention, nachhaltige Entwicklung, Kinderrechte, Demokratieförderung, Frieden und Sicherheit, Inklusion, diskriminierungskritische Jugendverbandsarbeit, Mobilität sowie Sozialpolitik sind nur einige Beispiele.

Projekte wie die Fachstelle Jugendreisen [siehe Seite 24] oder das Projekt „Jugendbeteiligung im Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit und im Rahmen der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE)“ [siehe Seite 38] sind im Grundlagenreferat verortet. Die Begleitung der Juleica als Zentralstelle [siehe Seite 28] ist seit langem festes Aufgabengebiet, inklusive der Weiterentwicklung der Juleica.

Das Referat für europäische und internationale Jugendpolitik richtet den Blick auf die Jugendpolitik über Deutschland hinaus. Es beobachtet die Entwicklungen in anderen Ländern, ist im Kontakt mit verschiedenen nationalen Jugendringen und begrüßt regelmäßig Gäste von Jugendverbänden aus dem Ausland in Berlin. Ein Schwerpunkt war der enge Austausch mit dem ukrainischen Jugendring und die Organisation einer Hospitanz für die NYCU-Vorsitzende Natalia Shevchuk und NYCU-Vorstandsmitglied Kateryna Davydova. Das Referat koordiniert zudem die europäische Jugendpolitik und beobachtet die aktuellen Entwicklungen, die Einfluss auf junge Menschen in Europa haben. Über die Politik in den 27 Mitgliedstaaten der EU hinaus richtet sich der Blick unter anderem auf die EU-Beitrittskandidaten und den West-Balkan sowie auf den Europarat, der mit 46 Mitgliedstaaten zahlreiche Partner*innen des Bundesjugendrings auf der politischen Ebene vereint und auch im Bereich der Jugendpolitik ein spannender wie vielfältiger Akteur ist. Im Referat ist zuletzt auch die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit angesiedelt.

Das Referat zur Umsetzung des EU-Jugenddialogs in Deutschland ist 2022 auf den Stellen der Leitung, der Referentin und der Sachbearbeitung neu besetzt worden. Das Referat setzt den EU-Jugenddialog als Jugendbeteiligungsinstrument der EU auf nationaler Ebene um. Mit dem EU-Jugenddialog werden die Stimmen junger Menschen strukturiert gesammelt, mit politischen Entscheidungsträger*innen diskutiert und in politische Entscheidungsprozesse eingespeist. So wird Politik im Sinne junger Menschen gestaltet und Jugendbeteiligung gestärkt. Durch den EU-Jugenddialog sollen auch die elf Europäischen Jugendziele (European Youth Goals) erreicht werden. [siehe Seite 20/21]

Der Bereich Personal und Finanzen organisiert zum einen die Personalverwaltung und ist verantwortlich für die Arbeitsinfrastruktur (u. a. Büros und technische Ausstattung) des Bundesjugendrings. Die Verwaltung und der Nachweis der Haushaltsmittel aus Regelförderung, Projektförderung und Sonderprogrammen ist zum anderen im Bereich verortet. Vor allem im Jahr 2021 und 2022 entstand im Bereich durch die Mittelverwaltung der Sonderprogramme ein großer Mehraufwand. Zudem wurde die digitale Rechnungsabwicklung im Bereich Juleica sowie die Umstellung auf ein neues Buchhaltungssystem abgeschlossen. Der Bereich begleitet neben der Geschäftsführung zudem die Arbeit der KJP-Kommission.

Der Bereich Medien und Kommunikation begleitet die politische Interessenvertretung des Vorstandes, berät die Fachreferate und Verwaltungsbereiche der Geschäftsstelle in allen Fragen der Kommunikation und unterstützt Projekte sowie alle Formate des Dialogs im Bundesjugendring (unter anderem Fachtage, parlamentarische Dialoge oder Workshops). Er gestaltet die Außendarstellung, steuert Kampagnen, koordiniert Presseanfragen und betreut unterschiedliche Werkzeuge zur Kommunikation.

Kommunikationswerkzeuge

Über das Informationsportal dbjr.de kommentiert der Bundesjugendring gesellschaftliche und politische Entwicklungen, gibt fachpolitische Impulse und stellt Positionen, Publikationen und Materialien bereit. dbjr.de dient als Informationsquelle für Mitgliedsorganisationen, für Organisationen im Feld der Kinder- und Jugendhilfe, für Medien sowie für politische Akteure. Ergänzend werden Informationen über Kanäle in den sozialen Medien verbreitet, um die Reichweite zu erhöhen und Interaktion zu ermöglichen. Der Bundesjugendring stellt technisch Werkzeuge wie das Etherpad yopad.eu und das Barcampool barcamps.eu bereit. Er berät zudem in Fragen des Datenschutzes und in der Anwendung weiterer Kommunikationswerkzeuge. Anspruch ist, die Kommunikation des Bundesjugendrings innovativ weiterzuentwickeln und damit den Satzungsauftrag der Interessenvertretung zu stärken.

Gremien und Kommissionen

Die Gremien des Bundesjugendrings legen den Rahmen für die Arbeit des Vorstandes fest und gestalten die Innenpolitik ebenso wie die Interessenvertretung der Jugend. Zentrales Gremium ist die Vollversammlung, die mit Positionen die Agenda des Vorstandes in den Grundzügen anlegt. Die Delegierten sind entscheidend für die Zusammensetzung des Vorstandes, legen den finanziellen Rahmen für die Arbeit fest und nehmen den Rechenschaftsbericht entgegen. Als Parlament der Jugendverbandsarbeit steht die Vollversammlung mit ihren Mitgliedern in der Verantwortung, den Bundesjugendring politisch und strukturell auszurichten und den Vorstand zu mandatieren, im Interesse der Jugend zu handeln.

Der Hauptausschuss als Gremium zwischen den Vollversammlungen ist für den Vorstand ein wichtiger Resonanzraum. In den Sitzungen werden jugendpolitische Entwicklungen beschrieben, diskutiert und bewertet. Die Beratungen stärken den Vorstand in seinem Handeln. Die Jugendverbände legen im Hauptausschuss ebenso die Grundlagen für die Verteilung der KJP-Mittel und beschließen den konkreten Verteilvorschlag auf Empfehlung der KJP-Kommission. Mit diesem Vorschlag geht der Vorstand in die Verhandlungen mit dem BMFSFJ. Zudem entscheidet der Hauptausschuss über zahlreiche Vertretungen in Kommissionen, Mitgliederversammlungen, Arbeitskreisen, Aufsichts- oder Kontrollgremien sowie Beiräten.

Die Kinder- und Jugendplan-Kommission (KJP-Kommission) gestaltet im Auftrag der Jugendverbände in Zusammenarbeit mit dem Vorstand die förderpolitischen Aktivitäten. Sie erarbeitet grundlegenden Prinzipien für die Verteilung der Mittel, erarbeitet konkrete Verteilvorschläge und stärkt die Interessenvertretung bei den Verhandlungen mit Regierung und Parlament über Förderkriterien und Fördersummen.

Mitglieder: Kristof Becker (DGB-Jugend), Haymo Dorn (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Wolfgang Ehrenlechner (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Susanne Fick (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Carsten Schramm (Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände), Robert Werner (djo-Deutsche Jugend in Europa, Vorsitzender). Weitere Mitglieder: Daniela Broda und Wendelin Haag (Bundesjugendring, Vorstand), Matthias Gawol (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Kirstin Weis (Bundesjugendring, Geschäftsführung)

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik

Der Bundesjugendring wird als relevanter Akteur der europäischen Jugendpolitik wahrgenommen. Gemeinsam mit Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen diskutieren wir in der Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik Handlungsoptionen und politische Positionen für Vorstand und Hauptausschuss, um die vielfältigen europäischen Themen zu begleiten. In der Arbeitsgruppe laufen die Informationen über die unterschiedlichen Felder der europäischen Jugendpolitik zusammen. Die AG tritt auch als Akteur an den Standorten des Europäischen Parlaments in Brüssel und Straßburg auf. Angestrebt ist mindestens eine Klausur an einem der beiden Orte, inklusive politischer Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Vertreter*innen der Kommission oder anderen Stakeholdern auf europäischer Ebene.

Mitglieder: Dorothee Ammermann (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Lena Bloemacher (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Hana Campos (djo-Deutsche Jugend in Europa), Clara Föller (Junge Europäische Föderalisten), Konstantin Glomb (Deutsche Chorjugend), Leonie Hornung (Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände), Johanna Kamin (Bremer Jugendring), Theresa Leppert (Bayerischer Jugendring), Gerold Stabel (THW-Jugend), Tobias Thiele (Naturfreundejugend Deutschland). Weitere Mitglieder: Özge Erdoğan (Bundesjugendring, Vorstand), Laura Reiser (Bayerischer Jugendring; Mitglied im Beirat Erasmus+ Jugend), Jochen Rummenhölter (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Marius Schlageter (Bundesjugendring, Vorstand), Lukas Stede (Bund der Deutschen Landjugend; Mitglied im Advisory Council on Youth des Europarats), Raoul Taschinski (Bundesjugendring, Vorstand), Carolin Vogt (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Marie Wilpers (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Arbeitsgruppe Internationale Jugendpolitik

Die Arbeitsgruppe Internationale Jugendpolitik ist eine wichtige Austauschplattform, in der die bilaterale Zusammenarbeit begleitet wird. Es werden Sitzungen von Lenkungsgruppen der Jugendwerke und Koordinierungsbüros vor- und nachbereitet. Fragen der internationalen Zusammenarbeit werden diskutiert: Förderung, Visa, Rahmenbedingungen für den Austausch, internationale Entwicklungen, shrinking spaces for civil society, Jugenddelegiertenprogramme, internationale Jugendarbeitsforschung und Zugänge zu inter- nationalem Jugendaustausch (Zugangsstudie). Das Ziel der Tätigkeit der Arbeitsgruppe bleibt der Ausbau der Vernetzung, ein enger Kontakt mit den Außenvertreter*innen des Bundesjugendrings im internationalen Kontext und die Erstellung politischer Vorlagen mit Handlungsempfehlungen für die Gremien des Bundesjugendrings.

Mitglieder: Hana Campos (djo-Deutsche Jugend in Europa), Johanna Heil (Deutsches Jugendrotkreuz), Veronika Lange (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Alexandra Münchberg (Bund der Deutschen Landjugend), Juliane Niklas (Bayerischer Jugendring), Antje Reimann (Deutsche Schreiberjugend), Carolina Sachs (Solidaritätsjugend Deutschlands), Dirk Thesenvitz (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Reinhold Ullmann (Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern), Christiane Vogler (Deutsche Bläserjugend). Weitere kooptierte Mitglieder: Özge Erdoğan (Bundesjugendring, Vorstand | Deutsch-Türkischer Fachausschuss), Wendelin Haag (Bundesjugendring, Vorstand), Ingo Henke (Mitglied des Kuratoriums der Stiftung DRJA), Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschland/DFJW Beirat), Jochen Rummenhölter (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Marius Schlageter (Bundesjugendring, Vorstand | Deutsch-Griechisches Jugendwerk), Tim Scholz (Deutsch-Polnisches Jugendwerk), Raoul Taschinski (Bundesjugendring, Vorstand | Deutsch-Tschechischer Jugendrat), Hetav Tek (Deutsch-Chinesische Fachgespräche), Annette von Stockhausen (Deutsch-Israelischer Fachausschuss/Deutsch-Israelischer Koordinierungsrat)

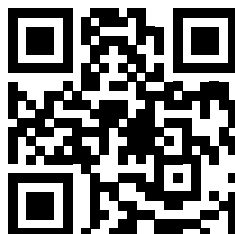
Nationale Arbeitsgruppe im Jugenddialog

Die Umsetzung des Jugenddialogs wird in jedem EU-Mitgliedstaat von einer Nationalen Arbeitsgruppe begleitet. In Deutschland setzt sich die Nationale Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen verschiedener Strukturen aller föderalen Ebenen der Jugend(verbands)arbeit und Jugendhilfe zusammen. Die Hauptaufgabe der Nationalen Arbeitsgruppe besteht darin, den Jugenddialog als Beteiligungsinstrument an die Rahmenbedingungen in Deutschland auf allen Ebenen anzupassen und zugänglich zu machen. So hat die Nationale Arbeitsgruppe daran gearbeitet, den Jugenddialog besser mit den eigenen Strukturen zu verzahnen und somit eine breitere Sichtbarkeit zu erreichen und schließlich mehr junge Menschen am Jugenddialog zu beteiligen.

Mitglieder: Özge Erdoğan (Bundesjugendring, Vorstand, Vorsitz der NAG), Ann-Kathrin Fischer (Referat 504, Europäische und Internationale Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), stellvertretende Vorsitzende der NAG), Sakiye Boukari (EU-Jugendvertreterin im 9. Zyklus, Bundesjugendring), Gunnar Czimczik (Jugendamtsleitung der Stadt Hannover, Vertretung der kommunalen Jugendämter), Thomas Hoffmann (Referatsleitung Internationale Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, Landesjugendamt Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde - Amt für Familie FS 45, Vertretung der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden), Markus Krajc (Referent für Internationale Jugendarbeit/Ostsee-Jugendbüro, LJR SH e.V., Vertretung der Landesjugendringe), Malte Krumrey (Fachreferent für Europäische Jugendpolitik, JUGEND für Europa - Nationale Agentur Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps), Philipp Niese (Kordinator Juniorteam Europa, Soziokulturelles Zentrum „DIE VILLA“ Leipzig, Vertretung kommunaler, Erasmus+ geförderter Projekte mit Bezug zum EU-Jugenddialog), Georg Pirker (Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten e.V.), Volker Rohde (Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. - bis 09/2022), , Wiebke Schrickler (EU-Jugendvertreterin im 9. Zyklus, Bundesjugendring), Lara Schuster (Referat 504, Europäische und Internationale Jugendpolitik, BMFSFJ), Tom Urig (Geschäftsführung der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V., Vertreter des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit)

Außenvertretungen

Der Hauptausschuss beauftragt laut Geschäftsordnung Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen mit der Außenvertretung des Bundesjugendrings im nationalen wie internationalen Bereich. Darüber hinaus ergeben sich Vertretungsaufgaben durch Mitgliedschaften oder Kooperationen des Bundesjugendrings in und mit anderen Netzwerken oder Organisationen sowie durch die jugendpolitische Interessenvertretung des Vorstandes. Die Außenvertretungen berichten an die Gremien des Bundesjugendrings. Die detaillierte Beschreibung und die Besetzung ist fortlaufend aktualisiert unter <https://av.dbjr.de>



Akademie der Kulturellen Bildung

Theres du Vinage (djo-Deutsche Jugend in Europa), Kerstin Guthmann (Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Laura Schwab (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland)

Beirat der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz

Michael Scholl (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Özge Erdoğan (Bundesjugendring, Vorstand)

Beirat Transferstelle European Youth Work Agenda in Deutschland

Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Beraterkreis zur Armut- und Reichtumsberichterstattung

Lea Herzig (Bundesjugendring, Vorstand)

Bündnis für Gemeinnützigkeit

Kirstin Weis (Bundesjugendring, Geschäftsführung)

Bundesjugendkuratorium (20. Legislatur)

Daniela Broda (Bundesjugendring, Vorstand)

Bundesausschuss für Politische Bildung

Julia Riedel (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Dr. Anna Grebe (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Kai Mungenast (Landesjugendring Baden-Württemberg)

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Deutsches Jugendherbergswerk

Jaqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände)

Deutsches Jugendinstitut

Kirstin Weis (Bundesjugendring, Geschäftsführung)

Deutsch-Chinesische Fachgespräche

Hetav Tek (djo-Deutsche Jugend in Europa)

Deutsch-Französisches Jugendwerk (Beirat)

Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschlands), Carolin Vogt (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Deutsch-Französisches Jugendwerk (Verwaltungsrat)

Johanna Warter (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland)

Deutsch-Griechische Jugendwerk (Aufsichtsrat)

Marius Schlageter (Bundesjugendring, Vorstand)

Deutsch-Israelischer Fachausschuss | Koordinierungsrat

Annette von Stockhausen (Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände)

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (Jugendrat)

Tim Scholz (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

Deutsch-Tschechischer Jugendrat

Raoul Taschinski (Bundesjugendring, Vorstand)

Deutsch-Türkischer Fachausschuss

Özge Erdoğan (Bundesjugendring, Vorstand)

EU-Jugendvertreter*Innen

Sakiye Boukari, Wiebke Schrickler

Evaluierungskomitee Erasmus+

Laura Raiser (Bayerischer Jugendring)

Fachbeirat Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC)

Daniela Broda (Bundesjugendring, Vorstand), Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Forum gegen Rassismus

Sarah Gräf (djo-Deutsche Jugend in Europa)

Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft

Silvia Bütke (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Antonia Goldhammer (djo-Deutsche Jugend in Europa), Dr. Anna Grebe (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Torsten Jahr (Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Nathalie Löwe (Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken), Herbert Münch (Arbeiter-Samariter-Jugend), Julian Pauli (Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Daniel Poiger (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Uwe Sommer (Landesjugendring Schleswig-Holstein), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Miriam Wolters (Deutsche Schreiberjugend)

Haus der Geschichte

Maria Dalprup (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Phillip Meier (Deutsche Bläserjugend)

IJAB

Jochen Rummenhüller (Bundesjugendring, Geschäftsstelle), Kirstin Weis (Bundesjugendring, Geschäftsführung)

Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung

Franka Bernreiter (2022-2024), Fabian Gacon (2020-2022)

Jugendpolitischer Beirat des Bundesjugendministeriums

Daniela Broda (Bundesjugendring, Vorstand)

Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit

Daniela Broda (Bundesjugendring, Vorstand), Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Nationale Armutskonferenz

Lea Herzig (Bundesjugendring, Vorstand), Philipp Schweizer (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

Nationale Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Wendelin Haag (Bundesjugendring, Vorstand)

Nationaler Beirat für das EU-Programm Erasmus+ Jugend

Dorothee Ammermann (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Laura Reiser (Bayerischer Jugendring), Carolin Vogt (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Nationaler Begleitausschuss Erasmus+

Raoul Taschinski (Bundesjugendring, Vorstand)

Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern

Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland

Marius Schlageter (Bundesjugendring, Vorstand)

Netzwerk Interkultureller Jugendverbandsarbeit und -forschung

Christian Weis (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Rat für Nachhaltig Entwicklung

Lisi Maier

Stiftung für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim

Matthias Schröder (DGB-Jugend)

Stiftung Deutsche Jugendmarke

Kirstin Weis (Bundesjugendring, Geschäftsführung)

Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (Kuratorium)

Ingo Henke (THW-Jugend)

Stiftung West-Östliche Begegnung

Jochen Rummenholler (Bundesjugendring, Geschäftsstelle)

Mitarbeitende der Geschäftsstelle

Geschäftsführung

Kirstin Weis, Geschäftsführerin
Sabine Welter, Büroleiterin

Bereich Finanzen und Personal

Matthias Gawol, Leitung
Jennifer Beder, Mitarbeiterin
Ulrike Gawol, Mitarbeiterin
Kathrin Hartwig, Mitarbeiterin
Sven Hartwig, Mitarbeiter
Andrea Koß, Mitarbeiterin

Bereich Medien und Kommunikation

Michael Scholl, Leitung
Florian Bußmann, Referent Kampagne
Aaron Remus, Referent

Referat nationale Jugendpolitik/Grundlagenarbeit

Christian Weis, Leitung
Nico Heinz-Fischer, Referent Weiterentwicklung Juleica
Sira Horstkötter, Projektreferentin Beteiligung an Nachhaltiger Entwicklung)
Claudia Krohn, Mitarbeiterin
Maria Mazur, Mitarbeiterin
Lars Reisner, Referent jugendpolitische Themen
Julia Riedel, Referentin Politische Bildung und U18
Blanca Zacher, Projektreferentin für Qualitätsstandards

Referat internationale Jugendpolitik

Jochen Rummenhüller, Leitung
Inna Dubovitskaya, Mitarbeiterin
Maria Mazur, Mitarbeiterin (DNK)
Viktoriya Traut, Mitarbeiterin (bis 08/2022)
Carolin Vogt, Referentin Europäische Jugendpolitik

Referat Jugenddialog

Marie Wilpers, Leitung
Anna Papke, Referentin
Daria Strokan, Mitarbeiterin



Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400